

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neu-Gruppenstraße Nr. 5 und Neue Zeitschriften 11, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu einzelnen wöchentlich 0,42 Rm. — 8 Wf. Trägerlohn + 0,50 Rm. monatlich 1,76 Rm. — 85 Wf. Trägerlohn + 2,10 Rm. Durch die Post einzsl. Belegungsgebühren 2,46 Rm.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: 10 Wf. pro Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Wf. Stellenangebote 10 Wf. auswärts 17 Wf. Anzeigen unter Text 20 Wf. Stellenangebote 10 Wf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereinskundens- und Wohnungs-Anzeigen 7 Wf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Wf. das letzte Wort 6 Wf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Folgen der Unvernunft.

Es hagelt schwere Vorwürfe gegen Deutschland als Antwort auf die Reden Hindenburgs und Stresemanns.

Scharfe Rede des belgischen Ministerpräsidenten.

Brüssel, 26. September. Der belgische Ministerpräsident Jaspars hielt gestern in Ostende in Gegenwart des offiziellen Belgiens bei der Einweihung eines Denkmals für den im Jahre 1912 verstorbenen Staatsmann August Beernaert am Denkmal eine Ansprache, in der er Beernaert als Staatsmann und Sozialpolitiker pries, seine Verdienste für die Schaffung der Maasfestungen hervorhob und zum Schluss den Toten als Zeugen für die Notwendigkeit anrief, einig zu sein. Mit dieser Wendung sprang Jaspars plötzlich auf das Gebiet der Gegenwartspolitik über und seine fernere Rede gestaltete sich zu einer ausführlichen und heftigen Erwiderung auf die Tannenbergrede Hindenburgs. Glücklich pries er den Toten, dem die Feier galt, weil ihm der Schmerz erspart geblieben war, das Verbrechen mitzuerleben, das man gegen sein Vaterland begehen sollte. Er habe nicht die mit „reinem Herzen“ erfolgte Invasion Belgiens erlebt, noch die mit „reinen Händen“ begangenen Schandtaten gegen Frauen, Greise und Kinder. Er habe weder die Tage von Löwen, Mechelen und Dinant mitangesehen, noch dem Zuge nachgefolgt, in dem Tausende seiner Mitbürger wie Sklaven deportiert wurden. Endlich sei es ihm auch erspart geblieben, sein geliebtes Vaterland gegen Haß und Verleumdung verteidigen zu müssen.

Brüssel, 26. September. (Eig. Draht.) Die Aufregung, die eine Stelle der Rede des belgischen Ministerpräsidenten Jaspars in Ostende bei der deutschen Delegation in Genf hervorgerufen zu haben scheint, hat in Brüssel einigermassen überrascht, weil dieser Jaspars der Rede Brüssel in Belgien selbst völlig unbemerkt geblieben war. Erst der nach Brüssel zurücktelegraphierte Bericht des Wolff-Büros hat die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt.

In den politischen Kreisen Belgiens würde es lebhaft bedauert werden, wenn die aus dieser Quelle aus Genf stammende Meldung zutreffen würde, daß Stresemann unter dem Eindruck der Rede Jaspars seine Zustimmung zu dem gemeinsamen deutsch-belgischen Communiqué über die Grenzfrage verweigern würde. Stresemann sollte doch als erster begreifen, daß er damit nur denjenigen politischen Kreisen in Belgien in die Hände arbeiten würde, die die Bestätigungspolitik Vanderveldes ablehnen wollen und die gar kein Interesse haben, daß die Frage in gutlichem Einvernehmen zwischen Belgien und Deutschland geregelt wird.

Im übrigen wird unserem Vertreter von sehr beachtlicher belgischer Seite erklärt, daß die betreffenden Redefloskeln Jaspars durchaus bedauerlich sind. Diese Rede Jaspars ist eben so bedauerlich wie die gesamte internationale Kriegsbendmal-Rhetorik, welche die europäische Atmosphäre zu verpesten droht. Allerdings wurde hinzugefügt, daß diejenigen am allerwenigsten das Recht haben, sich über Jaspars Rede zu entzünden, die die Rede Hindenburgs in Tannenberg billigen. Diese Rede hat in Belgien den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Auch der „Peuple“ befaßt sich am Montag mit ihr in seiner außenpolitischen Wochenschau. Das sozialistische Organ sieht in der Rede Hindenburgs sowie in dem von Stresemann dazu gelieferten Kommentar den Anfang eines offiziellen deutschen Kriegsschuldschuldages und warnt die deutsche Regierung davor, diesen Weg zu beschreiten. Deutschland würde dabei mehr verlieren als gewinnen. Die Unschuldsbewegung gehe nicht von den deutschen Volksmassen aus, sondern sei künstlich von den deutschnationalen Kreisen erzeugt worden, mit dem doppelten Ziele, die für die Kriegssatrapen hauptverantwortlichen Militaristen und Imperialisten vor dem deutschen Volk selbst reinzuwaschen und andererseits einen moralischen und juristischen Anspruch auf die Revision des Friedensvertrages zu finden. Aber weder moralisch noch politisch habe Deutschland dabei etwas zu gewinnen. Niemand behauptet, daß Deutschland aber gar das deutsche Volk allein schuldig am Kriege sei. Andererseits anerkennen auch breite Massen des deutschen Volkes selber die schwere Verantwortung der Militaristen. Keine Unterjochung und kein Schiedsgericht könnten die Verheerung der angegriffenen Völker erwidern, wohl aber die durch die fortgesetzte Betenerung der Unschuld gerade durch die Vertreter der Militaristen und ihrer Anhänger das Mißtrauen gegen die Absichten der deutschen Politik genährt und gestärkt. Es sei auch falsch, daß die im Friedensvertrag ausgesprochene Schuld Deutschlands die deutsche Außenpolitik befehle. Sie habe deren große Erfolge im Laufe der letzten Jahre nicht verhindert und verhindere auch nicht den weiteren Fortschritt zur europäischen Völkergemeinschaft auf der Grundlage völliger Gleichheit.

Auch Poincaré antwortet.

Paris, 26. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Tagung der Generalräte in Frankreich (Parlamente der Departements) ist am Montag, wie üblich, in mehrere Fällen durch hochpolitische Reden eingeleitet worden. Es hat Poincaré bei der Eröffnung des Generalrats des

Departements Maas, dessen Vorsitzender er ist, eine große Rede gehalten, die eine weitere Auslassung zur Frage der Kriegsschuld darstellt und als Antwort auf die Rede von Tannenberg angesehen werden kann.

Poincaré knüpfte an die historische Rolle Lothringens an, das stets am ersten einem Angriff Deutschlands ausgesetzt gewesen sei. Es gebe deshalb kein Land in Frankreich, das leidenschaftlicher den Frieden wünsche. Aus diesem Grunde habe man aber in Lothringen ebenfalls stets verlangt, daß Frankreichs Grenzen so gesichert sind, daß es in der Lage ist, sich zu verteidigen, wenn es angegriffen wird. Dann fuhr Poincaré wörtlich fort: „Niemand von uns hat eine andere Politik vor 1914 betrieben, niemand von uns hätte den traurigen Mut gehabt, den Krieg zu erklären oder ihn zu provozieren. Als er uns aufgezwungen wurde, wollten wir mit ganzer Seele einen Krieg, der nicht nur den Feind aus dem Land wirft, sondern die territoriale Einheit Frankreichs wieder herstellt und uns außer der Wiedergutmachung der Schäden volle Sicherheit bietet. Hier ist am wenigsten der Platz, wo man die Legende nochmals ernst nehmen könnte, die man jetzt zu verbreiten sucht, daß eine „höfliche“ Invasion in Frankreich stattgefunden hätte, die die Zivilbevölkerung „schon“ und „heimlich“ harmlos war. Zu viele Greise, zu viele Frauen und Kinder sind getötet worden in unseren besetzten Gebieten, zu viele Häuser verbrannt worden, als daß unsere Landsleute nicht die Pflicht hätten, dagegen zu protestieren, wenn man die Wahrheit leugnen will. Sie sind damit einverstanden, daß Vergessenheit darüber gebreitet werden soll, sie wollen aber nicht, daß Lüge Platz greift.“

Im Departement Eure-et-Loire hat der Generalgouverneur von Algier, Viollet, ebenfalls eine bedeutende Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Die kluge Politik Briand sucht uns vor allen Unternehmungen der Leute, die Abenteuer suchen. Man kann nicht gerade sagen, daß es keine solchen gebe. So gibt es ein Land — es ist nicht Deutschland — in dem man von „Pulver trocken halten“ spricht, und wo man sich einredet, daß Frankreich das Hindernis gegen eine „des Altertums würdige, majestätische Expansion“ sei. Der Redner meint ganz offensichtlich Mustafa Kemal und Italien. (L. „Volksm.“) Es ist die Ehre Frankreichs, daß es sich über jedes „Maulheldentum“ nicht aufregt, das steril bleiben wird, solange nicht andere Unterstützung die Forderungen dieser Leute, die sämtlich vom Fieber des „heiligen Egotismus“ erfaßt sind, ermutigt. Es liegt also an uns, wehrhaft zu sein und uns Respekt davon abzulegen, daß neue schwere Mißverständnisse, die sich zwischen Deutschland und Frankreich erheben könnten, eine fürchterliche Gefahr für den Weltfrieden bedeuten würden.

Stresemanns fehlender Mut und die Pläne der Deutschnationalen.

Berlin, 26. September. (Eigener Bericht.) Es war voraussehen, daß französische und belgische Minister die erste Gelegenheit ergreifen würden, um auf die „feierliche“ Rundgebung des Reichspräsidenten in Tannenberg zu antworten. Ebenso war zu erwarten, daß diese Erwiderungen nicht gerade zahl sein würden. Daß sich der Reichsaussenminister als einziger dieser Folgen der Tannenbergrede nicht bewußt gewesen sei, ist völlig unbestreitbar. Die logische Schlussfolgerung daraus wäre, daß Stresemann diese Kontroverse gewünscht hat, denn sonst hätte er ja ein entsprechendes Veto gegen die Hindenburgrede eingelegt, als er vor seiner Abreise nach Genf dem Kabinettsrat in Berlin vorgelegt wurde.

Aber wir schätzen die Intelligenz Dr. Stresemanns höher ein. Er hat zwar die Folgen vieler ganz überflüssiger und schädlicher Rundgebungen erkannt, aber nicht den Mut gehabt, sie zu verhindern. Die Nacht vor einem deutschnationalen Festtreffen gegen ihn war bei ihm härter als der Wille, die deutsche Außenpolitik vor einem neuen schweren und dabei leicht vermeidbaren Rückschlag zu bewahren, und wenn das Ergebnis der vierwöchigen Genfer Tagung jetzt anstatt eines weiteren Fortschritts in der außenpolitischen Entspannung eine neue Wirtschismung zeigt, so trägt dafür weniger der unpolitische Reichspräsident die Verantwortung, als das Reichskabinett und vor allem der zuständige Minister Dr. Stresemann.

Die deutschnationalen Kreise markieren über die Sonntagreden Barthous und Jaspars natürlich heftige Entrüstung. In Wirklichkeit trennen sich die deutschnationalen Kreise aber, wie man bestmöglich bemerkt, die Frage der Entschuldigungsfrage entkränkt ist. Würden die kommenden Wahlen im Zeichen der außenpolitischen Entspannung stattfinden, so wäre der Sieg der Unruhigen in Frankreich und Deutschland nicht mehr möglich. Man kann jeden Preis bis zu vielen Wahlen eine ungenügsame Spannung erzeugen werden. Die Hindenburgrede war für sie nur Mittel zum Zweck, und Stresemann hat nicht den Mut gehabt, dieses fremde Spiel zu durchbrechen. Die Kosten wird vor allem die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu tragen haben.

Die Spannung in Genf.

Genf, 26. September. (Eig. Drahtbericht.) Die für Montag in Aussicht genommenen Besprechungen zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und Briand, sowie zwischen Dr. Stresemann und de Broekere haben nachmittags im Foyer des Völkerbundsversammlungskaales stattgefunden. Die Besprechung Stresemann-Briand dauerte etwa eine halbe Stunde und bot den Zuhörern das Bild einer recht deutlichen Unterhaltung. Die Besprechung, die Stresemann mit dem belgischen Delegierten hatte, dauerte nur wenige Minuten. Auch sie ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Über den Inhalt der beiden Unterredungen wird amtlich nichts mitgeteilt. Es verläutet, Stresemann und Briand hätten sich dahin verständigt, daß ihre Außenpolitik die gleiche wie bisher bleiben soll, und im Augenblick keinerlei weitere Verhandlungen zu führen seien. Mit dem belgischen Delegierten ist eine ähnliche Verständigung getroffen worden. Die deutsch-belgischen Erörterungen über die Grenzfrage sollen — wie es heißt — auf diplomatischem Wege abgeschlossen werden.

Keine weiteren Besprechungen zwischen Briand und Stresemann.

Die deutsche Delegation in Genf fährt am Donnerstag vormittag nach Berlin zurück. Der französische Außenminister verläßt bereits Dienstag nachmittags Genf. Weitere Besprechungen zwischen ihm und Stresemann werden nicht mehr stattfinden. Am Freitag wird Briand im französischen Senat über den Gang der Verhandlungen, insbesondere über seine internen Verhandlungen mit Stresemann eingehend Bericht erstatten.

Annahme der Empfehlungen des Rates durch die Völkerbundsversammlung.

Genf, 26. September. Die Völkerbundsversammlung hat heute vormittag nach Abschluß der Aussprache über Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung, bei der noch fünf Redner, darunter der italienische General de Marinis, der japanische Botschafter in Berlin, Nagaoaka, und Hanjin zu Worte kamen, die fünf Entschließungen des Abrüstungsausschusses einstimmig angenommen.

Ein vernünftiges Wort zur Sache.

Paris, 27. September. (Eigener Funkbericht.) Im „Populaire“ wendet sich Blum scharf gegen die Reden der letzten Tage dies- und jenseits des Rheins. Alle diese Leute, schreibt Blum, sprechen gut, aber sie sprechen zu viel. Alle diese Reden haben lange genug gedauert. Es ist bis zur Stunde unmöglich festzustellen, wer in der Kriegsschuldfrage recht hat. Die Geschichte wird das besser beurteilen können. Ihre Rolle ist es, an Hand von Nachforschungen die Kriegsschuldfrage festzustellen. Unsere Rolle ist eine andere. Sie besteht darin, den Frieden vorzubereiten und zu befestigen. Deshalb müssen alle Streitfragen, die in Gegenwart und Zukunft den Weg zwischen den Völkern aufzuhalten können, aus dem Wege geräumt werden. Die Vergangenheit muß endgültig begraben bleiben.

Kr. So ist denn also glücklich der Faint zwischen Deutschland einerseits, Frankreich und Belgien andererseits wieder voll im Gange. Die Verbesserung der Stimmung, die die kluge Haltung der deutschen Delegation in Genf und ihr einsichtiges Eingehen auf den polnischen Antrag erzeugt hatte, so daß man hoffen konnte, die in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich im letzten Jahre eingetretene Verstimmung und die daraus erwachsene Stagnation in der Politik des Ausgleichs werde behoben sein, ist wieder zerstört. Es ist vielmehr in Genf ganz deutlich eine neue ernste Verstimmung zwischen den Ländern, die die Verständigung unter sich so notwendig brauchen, zu erkennen. Von weiteren Verhandlungen zwischen Briand und Stresemann, die für die Vereinigung der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen noch geplant waren, ist nach einer kurzen, aber sehr lebhaften Unterredung nicht mehr die Rede. Die Schleusen sind wieder einmal geschlossen. Stresemann kehrt mit einem Koffer voll Scherben aus Genf zurück.

Diese Wirkung war zu erwarten. Wer die Einstellung der Entente-mächte nur einigermaßen kennt, mußte das vorher wissen. Und Stresemann wußte das auch, hat er doch früher selbst betont, so richtig der Satz auch sei, daß die Behauptung von der Einigkeit Deutschlands am Weltkrieg falsch ist, es doch im höchsten Maße schädlich für Deutschland sein würde, aus immer wieder in die Welt hinauszutreten. Aber wie in Ostpreußen hat er aus Weltanschauung und diesmal wieder gegen seine bessere Einsicht gehandelt, und auch diesmal wieder hat er sich dadurch nur selbst um den eigentlichen Erfolg seiner Politik gebracht.

Im demokratischen Teil des Bürgerturns, in dem man zuerst aus alter eingewurzelter Gewohnheit ebenfalls Hindenburg zugestimmt hatte, scheint man nun aber doch allmählich bedenklich zu werden. Wir haben ja vor einigen Tagen bereits die Aeußerung eines Zentrumsblattes aus Frankfurt a. M. gebracht, die in bezug auf Hindenburgs politische Unreife an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Jetzt findet auch das „Berliner Tageblatt“ Worte, die an Schärfe nicht hinter unseren eigenen Parteifreunde, die Demokraten und deren Presse sofort das Nötige gesagt haben, während diese pflaumen-welchen Demokraten immer erst heftige Apippenzüge erhalten müssen, ehe sie die nötige Courage aufbringen. Wir freuen uns natürlich über diese Aeußerung, weil sie vollinhaltlich bestätigt, was wir seit 8—10 Tagen hier dauernd sagen, wofür wir dann auch von Blättern, die republikanisch-demokratisch sein wollen, angezweifelt wurden. Das „Berliner Tageblatt“ sagt in seinen Betrachtungen zu der oben gemeldeten Rede des belgischen Ministerpräsidenten u. a.:

„Jeder halbwegs politisch denkende und urteilsfähige Mensch hat den Schaden vorhersehen müssen, den die Tannenbergrede Hindenburgs nun wieder anrichten würde. Hätte Herr v. Hindenburg die Verfallener Schuldfrage abgelehnt, die Deutschland die Alleinverantwortung an Kriegsbeginn und die abschließliche, planvolle Entfesselung des Krieges zuschiebt, so hätte sich gegen eine solche Erklärung nichts sagen lassen, das ganze deutsche Volk hätte hinter ihr gestanden, und höchstens hätte man einwenden können, daß Beteuerungen, denen wir alle uns anschließen, die aber draußen verhallen, nachgerade überflüssig seien. Indessen, die Befugung eines einwandfreien Rechtsstandpunktes hat zur Befriedigung der in der Tannenbergrede verammelten Forderungen, der auf völlige Unschuld bestehenden Deutschnationalen, der Föderalisten und all derjenigen, die der sachlichen politischen Arbeit den tödlichen Vorwurf vorziehen, nicht genügt. So hat man Hindenburg eine Rede halten lassen, die über das richtige und notwendige Ziel hinausging, und wofür nur infolge einer ungeschickten Formulierung, jede Art von Schuld und Verantwortung von Deutschland abzumwälzen schien. Es trat hier wieder ganz der gleiche byzantinische Gefälligkeits-eifer, ganz die gleiche ungeliebte Liebedienerei zutage, mit der man zum Unheil des deutschen Volkes Wilhelm II. schmeichlerisch umgab. Immerhin, Herr v. Bethmann-Hollweg hat sich wenigstens, soweit seine Kräfte reichten, gegen den verderblichen nationalpolitischen Unfug und gegen die Ansichten der Obersten Heeresleitung gewehrt. Die Herren Marx und Stresemann haben lieber gleich die Waffen gestreckt. Nun zeigt sich, in Genf und ziemlich überall, das Resultat. Wenn weiter auf diese Weise „Politik“ gemacht werden soll und niemand das bisherige Zivilcourage aufbringt, das dazu gehören dürfte, dem vermaltschaftlich auch jetzt noch nicht über die Wirkung seiner Rede klar informierten Reichspräsidenten vernünftigen Rat zu erteilen, dann können wir wieder herrlichen Zeiten entgegengehen.“

Diese Worte wären mehr wert gewesen, wenn sie früher gekommen wären, damit Herr Stresemann gesehen hätte, daß die bisherigen wichtigsten Stützen seiner Außenpolitik kein Verständnis für solche außenpolitische Unbesonnenheiten haben. Vielleicht wäre dann wenigstens die zweite Dummheit, das Genfer Interview Stresemanns, unterblieben. Ferner muß auch gesagt werden, daß der Vorwurf der Liebedienerei, den das Berliner Demokratienblatt hier erhebt, vor allem auch für seine eigenen Parteifreunde, die Demokraten und deren Presse gilt, besonders auch für die Breslauer Demokraten, die ein geradezu typisches Beispiel für die rückgratlose Liebedienerei sind. Daß es auch für weite Kreise des Zentrums gilt, haben wir ja hier schon wiederholt betont. Vielleicht lernen diese Kreise des Bürgerturns aber allmählich doch, daß man seine politischen Ziele nur erreichen kann, wenn man zu seiner Sache auch steht, und gerade dann steht, wenn man deshalb Vorwürfe zu erwarten hat. Für diesmal hat ihre krankhafte Angst davor, nicht als wahre Patrioten angesehen zu werden, abermals nur die einzige Folge gehabt, daß die Gegner ihrer Außenpolitik sie erfolgreich in ihr Schlepptau genommen haben, und daß sie sich nun plötzlich als Helfer einer Politik erkennen müssen, die einmal die Verständigung mit Frankreich erschwert und hinauschiebt und die außerdem nur Wahl-mache für die kommenden Wahlen ist.

Wirth verlagst.

Er stellt sich nicht der Unselbsterziehung mit seinen engeren Freunden.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Am Sonntag trat, wie bereits gemeldet, in Freiburg das Zentrumskomitee der Badischen Zentrumspartei zusammen. Der Zweck der Zusammenkunft war, dem Reichstagsler a. D. Dr. Wirth nicht nur Gelegenheit zu geben, seine Stellungnahme zum Reichstagsbeschlusse zu verdeutlichen, sondern gleichzeitig auch die Meinungen seiner badischen Landesleute und Wähler zu hören. Man wählte als Tagungsort ausdrücklich die Heilmannstadt Wirths, um ihm unnötige Strapazen zu ersparen und um gleichzeitig nach außen zum Ausdruck zu bringen, daß es sich nicht um ein Parteitreffen, sondern um eine freundschaftliche Aussprache handeln sollte.

Wirth hat wiederum darauf verzichtet, dem Ruf seiner engeren Freunde Folge zu leisten und hat sich damit selbst den schlechtesten Dienst erwiesen. Er hat wieder einmal wie so oft enttäuscht. Das muß gesagt werden im Interesse Wirths und im Interesse der von ihm nach außen vertretenen Sache. Er selbst wünscht und propagiert es öffentlich immer wieder, daß in dem nächsten Reichstag mindestens 15 Republikaner mehr sitzen müssen, um so wenigstens eine Basis für die Weimarer Koalition zu schaffen. Das ist schön und gut, aber das erreicht man weniger durch Reden als durch energische Kleinarbeit, und dazu bedarf es zunächst wiederum des Vertrauens der eigenen Anhänger. Die Laski von Wirth kauft aber in ihrer Wirkung auf das Gegenteil hinaus und widerspricht seinen eigenen Zielen.

Von diesen Gebanungsgängen war auch die Freiburger Tagung des badischen Zentrums beherzigt. Ueber ihren internen Verlauf wird dem Reichstagsler a. D. Dr. Wirth im einzelnen Kenntnis gegeben werden.

Gegen Das Steuervereinfachungsgesetz.

Eine Debatte im Haushaltsausschuß des Preussischen Landtages. Berlin, 24. September. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages trat am Montag nachmittag zusammen, um aufgrund der großen Anfrage der Demokraten sich mit dem Entwurf des Reichsgesetzes über die Steuervereinfachung zu beschäftigen. Der Entwurf behandelt hauptsächlich die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und die Gebäudeverschuldungssteuer (frühere Hauszinssteuer). Abg. Falk (Dem.) verneinte die Zustimmung des Reiches. Das Reich sei am Ertrage der Steuern nicht beteiligt. Der Entwurf sei verfassungswidrig. Zugleich sei ein Weg zur Steuerentlastung gesucht worden. Die Grundsteuer soll in Zukunft im ganzen Reichsgebiet einheitlich aufgrund des Reichsbewertungsgesetzes festgesetzt werden. Durch das Gewerbesteuerabnahmegesetz solle das Landesrecht wesentlich vereinfacht werden. Die Gebäudeverschuldungssteuer werde als in zweimal drei Jahren abzuhauende Vererbssteuer und als eigentliche Zins-erparnissteuer aufrechterhalten und nach der wirklichen Ertragskraft bewertet. Der Berichterstatter kritisierte, daß die von der Wirtschaft geforderte Reform im wesentlichen auf Kosten der Gemeinden gehe, die ohne Schuld durch die Entwicklung (Reichsfinanzausgleich) auf den Weg überspannter Realsteuern gedrängt würden. Zudem sei die Aufbahrung innerer Kriegslasten auf die Gemeinden abgehoben worden. Auch wenn man sich den starken Eingriff in die Finanzhoheit der Länder gefallen lasse, müsse man die Einengungen dieses Entwurfes doch bedauern.

Die Blamage der Altsozialisten.

Bethge durch einen Beleidigungsprozeß anderer Bloßgestellt. Dresden, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Mai dieses Jahres stand im sächsischen Landtag die Frage zur Entlohnung, ob das Mandat des kommunistischen Abgeordneten Gwert, der in den sächsischen Landtag gewählt worden war, gleichzeitig aber in einem Prozeß des Reichsgerichts gegen die kommunistische Zentrale verwickelt ist, gültig sei. Damals erklärte der zur linken Sozialdemokratischen Partei zählende Abgeordnete Bethge, Chefredakteur des Regierungsorgans, der „Sächsischen Staatszeitung“, in einem Gespräch mit dem kommunistischen Abgeordneten Renner, wenn die Kommunistische Partei gegen sein Gehalt als Redakteur der „Staatszeitung“ Stimme, würde es ihm doppelt schwer fallen, seine Fraktion, also die KPD, dafür zu gewinnen, daß sie für die Gültigkeit der Wahl Gwertis stimme. Dieses Verhalten Bethges war in der „Dresdener Volkszeitung“ als ein politischer Erpressungsversuch bezeichnet worden. Als einziger möglicher Milderungsgrund für dieses Verhalten könnte nur in Frage kommen, daß Bethge geistig nicht intakt sei. Es wurde dann weiter ausgeführt, die Regierung müsse Bethge auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen. Unter keinen Umständen dürfe er länger Redakteur der „Sächsischen Staatszeitung“ bleiben. Wegen dieses Artikels hatte Bethge gegen den verantwortlichen Redakteur der „Dresdener Volkszeitung“ Sach's, Privatklage erhoben, über die am Sonnabend vor dem Amtsgericht Dresden verhandelt wurde. Die Verhandlung führte

zu einem für Bethge wenig angenehmen Ergebnis. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Wahrheitsbeweis über den Vorwurf des politischen Erpressungsversuches als geführt anzusehen sei. Sach's wurde deshalb lediglich wegen formaler Beleidigung nach § 185 St.G.B. zu 450 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Kommunistentoller des Reichsgerichts.

15 Monate Festung wegen Verbreitung einer Broschüre. Leipzig, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteistraßenrat des Reichsgerichts beschloß am Sonnabend wieder mit einem Literaturprozeß. Es hatten sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikanengesetz der Parteifreunde Carl Schulze aus Hamburg und der Tischler Gustav Bruhn aus Heide in Holstein zu verantworten. Schulze war der Verleger der Broschüre „Anti-Kautskus, realpolitische Matrosen.“ In seinem Verlage wurden nach dem Verbot der Broschüre noch circa 1000 Exemplare gefunden. Bruhn hatte einige dieser Broschüren verteilt. Das genügt dem Reichsgericht um wieder hohe Strafen zu verhängen. Es verurteilte Schulze zu 15 Monaten Festung und 300 Mark Geldstrafe und Bruhn zu neun Monaten Festung und 100 Mark Geldstrafe.

Was macht die Phoebeusfilm-Affäre.

Eine kleine Anfrage an den Herrn Reichskanzler. Wie steht es mit der seit Wochen von dem Spartakusbund Saemisch geführten Unternehmung über die Subventionen des Darlehens des Reichswirtschaftsministeriums an die Phoebeus-Film-A.G.? Ist die Unternehmung immer noch nicht abgeschlossen? Wenn ja, zu welchem Ergebnis hat sie geführt?

Ein wertloses Dementi.

Rußland bestreitet den Geheimvertrag mit Mussolini. Vor wenigen Tagen veröffentlichten wir eine Meldung über ein russisch-italienisches Geheimabkommen aus dem Jahre 1924. Diese Nachricht ist in den letzten Tagen durch die Presse aller Länder gegangen, ohne von bolschewistischer Seite zunächst auch nur den geringsten Widerspruch gefunden zu haben. Erst am Montag, also vier Tage nach der Veröffentlichung, hat sich die Telegraphenagentur der Sowjetunion zu einer Erklärung ermächtigen lassen, in der es heißt, daß unsere Angaben in „allen Punkten erfinden“ sind. Von wem die Ermächtigung zu dieser von vornherein zu erwartenden Erklärung stammt, wird in der Meldung der russischen Telegraphenagentur nicht gesagt. Aber das ist schließlich nicht das Wesentliche. Ausschlaggebend für die Beurteilung der bolschewistischen Erklärung ist die Erfahrung, daß kein Dementis aus Moskau keinen Glauben schenken darf. Die Kommunisten fügen aus Prinzip. Was haben die Bolschewisten und ihre Presse — um nur ein Beispiel zu nennen — nicht alles bestritten, als vor wenigen Monaten die Lieferung russischer Munition an die deutsche Reichswehr das Licht der Welt erblickte? Sie haben nicht nur Stunden- oder tage-, sondern wochenlang längst feststehende Tatsachen bestritten, bis ein Schwindel schließlich in sich zusammenbrach. Es spricht vieles dafür, daß der bolschewistischen Erklärung zu dem gemeldeten Geheimabkommen ein ähnlicher Wert beizumessen ist, wie dem Dementis über die Munitionslieferungen. Infolgedessen ist die Angelegenheit mit dem Widerruf der russischen Telegraphenagentur nicht aus der Welt geschafft.

Der Vertrag liegt im Wortlaut vor.

Alles weitere ergibt sich daraus im Zusammenhang mit dem bolschewistischen Dementi für die nächste Zeit von selbst.

Aus dem Reiche.

Beratung über die preussische Besoldungsvorlage. Der preussische Finanzminister empfing am Montag gegen Abend Vertreter der preussischen Beamtenverbände zu einer Unterredung über Einzelheiten der preussischen Besoldungsvorlage. Das preussische Kabinett beschäftigt sich mit der neuen Besoldungsvorlage abschließend am Mittwochnachmittag.

Sie müssen und wollen demonstrieren. Die Berliner Kommunisten rufen heute zu einer Demonstration „Gegen den Hindenburg-Aufmarsch des Bürgerblocks“ am Sonntag den 2. Oktober, im Lustgarten auf. Die Forderungen, die bei dieser Demonstration beschlossen werden sollen, umfassen entsprechend einer alten kommunistischen Gewohnheit allein eine ganze Seite in der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne“.

Kufeke

und frische Milch, das ist die Nahrung für dein Kind, wenn Du nicht selbst stillen kannst. Die für eine Mahlzeit benötigte Menge Kufeke kostet für ein Kind bis zum 6. Monat NUR 3 Pf.

Der falsche Prinz.

Leben und Abenteuer von Harry Domela. Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben. Januar bis Juni 1927.

Copyright 1927 by Malik-Verlag L.-G., Berlin W. 50.

(Nachdruck verboten.) Dabel flutete an uns das glanzvolle Leben der großen Welt vorbei. Dort die elegante Kutsche, was kümmerte sie sich um die beiden armen Jungen neben ihrem Auto! Dort, vor dem Portal eines vornehmen Theaters des Westens, mondäne Frauen in phantastischen Kostümen und Künstler, Genies im Abendanzug, was sorgten sie sich um die Fieberungen zweier junger Menschen, welche gierig die Menge in den tiefen Bau des Kommodenbühnen verschwinden sahen, und die draußen stehen bleiben mußten mit ihrem Hunger nach Kunst, nach Bildung, nach Kultur. Und immer mehr elegante Autos kamen die Straßen dahergefahren: die Reichen vom Kurfürstendam und vom Grunewald fahren zum Abend in die Stadt. Welche Segensätze wurden an sich einem Abend, den aufmerksamen Stauen vorgeführt. Vor den großen Säulen der Fremden, wo die internationale Welt zu Hause war, welche Eigenart der einzelnen Nationen, welche Eigenart der verschiedenen Personen. Wie hoch sichtbar der Aristokrat vom Heubelsherrn, dieser wieder vom kleinen Geschäftsvorbereiter, der beweisliche Anstand vom ruhigen Arbeiter, der sich an jedem solchen Abend ein Bild der großen Welt, und in der nur ein Mann, der ihr mit Betachtung und Vergnügen entgegentrat. Wofür hatte die anderen mit einer magischen Leidenschaft. Das Zusammenfließen seiner Hallen war manchmal so elementar, daß ich mich totalisch einschlechte. Und ich gedachte mir, so wenig ich an den Ausbruch solcher Abgründe gewöhnt war, dieser magische Hof fürchte auf mich ab, weil Waf mit seinem Urteile recht hatte. Aber dieser Hof, er hielt uns beide wach. Er ließ uns die Dinge, die wir nicht verstehen konnten, in harten, unabweisbaren Worten sehen. Er hielt unsere Seel lebendig und ließ uns einen Standpunkt finden mitten in einer so feindseligen Welt. Der Winter ging bereits zu Ende, als ich eines Abends meinen Freund zur verabredeten Zeit nicht traf. Ich wartete, wartete. Er kam nicht. Ich wurde ungeduldig, ging in die Bekleidungs des Bekleidungs, nirgendwo war er zu sehen. Ich ging in den

Wartesaal zurück und wartete beunruhigt weiter. Da er sonst immer pünktlich war, konnte ich mir sein Ausbleiben nicht erklären. Der Keller, der ihn kannte, hatte auch keine Ahnung. Ein Berber, den ich fragte, suchte mit den Köpfen. Bis Mitternacht wartete ich. Er kam nicht. Am nächsten Abend wartete ich wiederum. Vergeblich! In einem der folgenden Tage ging ich durch die Leipziger Straße. Da glaubte ich ihn vor mir zu sehen! Da, da! — und ich war betrogen. Jemandem fremder Mensch sah mich erstaunt und von oben bis unten an. So erging es mir mehrfach, doch hatte ich noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben. Wo war mein Freund? Jetzt empfand ich, was er mir geworden war: die Hälfte meines eigenen Selbst. Ueberall in den Kneipen fragte ich herum. Man lachte schon über mich. Nach und nach verlor ich die Hoffnung, und eine milde Trauer besaß mich. So muß es jemandem zur Seite sein, der einen lieben Toten kramt und gedankenvoll zu Grabe trägt. Mühte ich Waf, meinen Freund, meinen Kameraden, meinen Lebensmeder, zu Grabe tragen? Wo mochte er sein? Da traf ich eines Abends einen anderen Begabten, der Waf ebenfalls gefandt hatte. Du, der Fährlich ist verheiratet gegangen, erzählte er munter, den haben sie bei einem Einbruch gefasst. Er wäre noch ausgerückt, wenn ihn nicht ein Nachwächter gerade die Kanone vor die Brust gehalten hätte. Ein paar Jahre gibts mindestens“. Wie Donnerstags traf es mein Ohr! Unfassbar! Ganz benommen ging ich die Straße dahin, ging in den Tiergarten, warf mich irgendwo mit dem Gesicht auf den Boden und heulte, heulte aus ganzer Tiefe, sah keine Kompagnie den Hasen und hüpfte mein Leid in die dumpfe Erde hinein, in der bereits die neuen Kräfte des Jahres schliefen und schliefen. Gerade heute ist durch den dunklen Park, überall an jedem Ende vor dem nie rastenden Getriebe der Großstadt, immerlich zurückkehrend, immer wieder in sein Dunkel zurücktaufend, bis ich gegen Morgen, als bereits eine feste Dämmerung herauszog, auf einer Bank einschlief. Man war ich wieder ganz allein. Nichts schlief ich jetzt im Tiergarten auf den Reihwegen, tagsüber taumelte ich todwüde durch die Straßen und bettelte. So wurde Frühling. Stundenlang sah ich am Tage im Tiergarten auf einer Bank in der Sonne und harzte vor mich hin. Alles war mir jetzt so furchtbar gleichgültig. In die Mäusen ging ich jetzt nicht mehr, ich konnte die Sammelung, die dazu nötig war, nicht mehr aufbringen. Auf mein Verlangen legte ich überhaupt keinen Wert mehr. Ich war jetzt so verkommen und verhasst, daß ich erst später das Verhalten der Reue verpöhlen konnte. Wenn jemand von mir abließ — und ich machte damals, daß jeder sich vor mir entfalte —, so spürte ich nur die Blutwunde in mir übergeben, so spürte ich in

mir nur den Trieb, einem solchen Menschen ins Gesicht zu speien. Wenn ich in den gepflegten Straßen der Reichen umherging, mußte ich mich manchmal beherrschen, einem Manne, der mir wohl fiel, nicht ein Schimpfwort an den Kopf zu werfen. Ein im Vorbeigehen aufgefangener verächtlicher Blick konnte mich zornig machen, so daß ich mich erst nach Stunden beruhigen konnte. Gegen jeden gut aussehenden Menschen wurde allmählich ein Haß in mir wach, der mich zu verzeihen drohte. Maria, der ich geworden war, fühlte ich mich für kurze Zeit wohlher und aufgehoben, wenn ich mich unter meiner Kante, in der Welt kein Reches, befand. Aber lange hielt es mich auch hier nicht. Ich sollte ich nicht untergehen. Ich sollte nicht unter diesen Augen gestöhnen landen. Ich schien vielmehr verdammte zu sein, mein nutzloses Leben bald ein Ende zu machen. Die Gedanken, die Waf in mir hatte rege werden lassen, sie umschwebten mich jetzt wie wirre Fieberdelirien und schüttelten meinen schwachen Körper. Wie Gespenster jagten sie durch meinen Kopf und hezten mich. Meine Nerven wurden immer überreizter. Jede Demütigung beim Betteln war für mich jetzt eine Höllequal. Eines Vormittags befand ich mich auf dem Kurfürstendamm. Wohin ich wollte, mußte ich nicht. Willenlos ließ ich mich von den Menschen treiben. Ich war furchtbar müde. Die Sonne schien warm und freundlich. Ich wagte es nicht, mich an eine der Bänke zu setzen, da die Passanten mich wie einen unfähigen ansahen. Ich ging immer weiter. Am Oktober konnte ich nicht mehr. Ich mußte mich setzen. Auf der Bank sah ich ein Kindermädchen. Ich setzte mich auf die äußerste Kante. Das Kind stand ein eleganter, weißblauer Kinderwagen. Das Kind sollte vor der Bank stehen. Das Mädchen, ein Schwefelhäutchen und Lackhosen, rocherte sich in den Fingern herum. Als das eine Kind sich bedachend vor mir aufstellte, rief sie: „Waf! Komm sofort herher! Hörst du nicht?“ Als das Kind mich weiter neugierig ansah, sprang sie auf und rief es weg. „Kannst du nicht hören, da unartiges Balg!“ Daraufhin setzte sie sich wieder, möglichst weit von mir entfernt. Ich fühlte, wie mir das Blut durch die Adern fuhr. Jetzt trabelte sie in einem kleinen Handtuch und zog eine Brausenpackung und einige gewickelte Brotchen heraus. Zuerst machte sie sich über die Packung her. Sie knabberte jede zuerst an und unterdrückte die Rührung. In zehn Minuten war die Packung leer. Nun wandte sie die Brotchen aus und beachte sich den Belag. Das eine Brotchen ihr nicht. Sie warf es in einen danebenstehenden Papierkorb. Die Würste der Hunger, daß ich die Zähne aufeinanderbeißte, mußte. Mittlerweile war sie mit den Brotchen fertig geworden. (Fortsetzung folgt.)

Ostpreußenfahrt.

3. Ostpreußen-Fürsorge.

Die Führer der ostpreußischen Staats- und Selbstverwaltung, der Landwirtschaft und des Handels verlangen die „Herzungslose Sonderbehandlung“ Ostpreußens. Das ostpreußische Problem ist nach ihrer Auffassung so eigenartig, die Lage der Provinz so abweichend von der anderer Landesteile, ihre Schwierigkeiten sind so gewaltig und ihre Beförderung politisch so viel dringender als die der sonstigen Gebiete, daß die Verbindung der Ostpreußenpolitik mit einer allgemeinen Grenzpolitik, ja selbst nur mit einer Ostpolitik nicht gerechtfertigt sei. Einen besonderen Anstoß haben diese Betrachtungen durch die Entwicklung der Ostfürsorge erhalten, die bekanntlich von der Absicht einer besonderen Betreuung Ostpreußens ihren Ausgangspunkt genommen und sich schließlich über den Weg der Fürsorge für alle östlichen Grenzgebiete zu einer Grenzpolitik unter starker Berücksichtigung der westlichen Gebiete entwickelt hat. Mit Bestimmtheit gibt die Rechte in Ostpreußen der Zentrumsparlei die Schuld an dieser Entwicklung, und eine nicht ohne Erregung geführte Diskussion zwischen den Blättern des Zentrums und der Rechten in Ostpreußen über die Haltung des Zentrums zu Ostfragen bildete die Einleitung zu der Reise des Ostauschusses. In ihrem Verlaufe gab ein führendes ostpreußisches Zentrumsblatt zu, die Haltung der Zentrumsfraktion des Reichstages gegenüber dem Osten nicht ohne Bedauern betrachten zu können, richtete aber andererseits der Führer des Landtagszentrums, Dr. Hef, in Ostpreußen an die Adresse der Deutschnationalen Worte von großer polemischer Schärfe, die von ihnen mit einer bei ihrem Selbst- und Machtbewußtsein immerhin beachtenswerten Beherrschung und Zurückhaltung entgegengenommen wurden. Wie überhaupt auf der Ostpreußenfahrt die gegenseitigen Empfindungen von Konserwativen des preußischen Urtyps und rheinischen Zentrumsleuten nicht uninteressant zu beobachten waren und die Unausgeglichenheit tiefer aus taushendjähriger Geschichte erwachsenen Gegensätze in ihrer politischen und menschlichen Bedeutung offenbart.

Hand in Hand mit der Forderung nach der Sonderbehandlung Ostpreußens geht der Ruf sei es nach einem Reichskommissar, sei es nach einem besonderen Reichsministerium, ein Verlangen, wie es vor allem landwirtschaftliche Kreise aufstellen. Aus tatsächlichen Gründen wünschen mehr politisch gerichtete Kreise nicht einen Ostpreußen, sondern einen Ostkommissar, um mehr Landesteile und Parteien an ihm zu interessieren. Gegenüber dieser Forderung, deren Erfüllung lediglich eine Vermehrung der Beziehungen zwischen den Behörden und eine Unklarheit der Zuständigkeiten zwischen einer regional und vielen sachlich arbeitenden Instanzen mit sich bringen würde, muß dieselbe ablehnende Haltung eingenommen werden, die der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen zu erkennen gibt. Nicht ein Organisations-Experiment, sondern sachliche Arbeit ist die Aufgabe des Tages. Prüft man unter diesem Gesichtspunkt die ostpreußische Forderung nach einer Sonderbehandlung, so wird man sie nach mancher Richtung hin als berechtigt anerkennen müssen. Die ostpreußische Landwirtschaft leidet für Produktion und Absatz unter Schwierigkeiten, wie sie kein anderer Gebietsteil, auch Schlesien nicht, kennt. Sie hat mit einem unvergleichlich ungünstigen Klima zu rechnen, sie hat einen nahen städtischen Markt zur Abnahme für einen nur recht begrenzten Teil ihrer Produkte, sie muß infolgedessen ihre Produktion in recht erheblichem Umfang außerhalb der Provinz vermarkten; sie muß sich dabei ihre Waren durch die weite Entfernung von den in Betracht kommenden Märkten frachtmäßig in einer Höhe belasten lassen, wie dies bei keinem anderen östlichen Gebiete der Fall ist und steht bei der Verwertung infolgedessen ungünstiger da als diese und auch als die fruchtbaren Gebiete der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen, die bis zu 200 Kilometer näher an Berlin liegen, als die nächste ostpreußische Grenzstation am Korridor. Schließlich haben Landwirtschaft, Industrie und Handel mit Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung infolge der isolierten Lage Ostpreußens zu kämpfen, die wichtige Bankinstitute zu einer starken Zurückhaltung gegenüber Geschäften mit dieser Provinz veranlaßt. Geldhergabe in ein bedrängtes Gebiet ist für das Bankkapital ein Patriotismus, der höhere Zinsen bringen muß. Die Verschuldung der ostpreußischen Landwirtschaft ist in weit höherem Maße gewachsen, als die der Landwirtschaft in den anderen Provinzen, die aufgelaufene Zinsenlast drückt sie schwerer als das anderswo der Fall ist. Der ostpreußischen Landwirtschaft unter Ablehnung aller unberechtigten und übertriebenen Wünsche zu ermöglichen, unter

gleichartigen Bedingungen zu produzieren und abzusetzen wie andere agrarische Landesteile, ist eine gerechtfertigte Forderung an Reich, Staat und Reichsbahn. Dieser Verpflichtung haben sie sich vor allem auf dem Gebiet des Verkehrs, Wege, Fracht- und Kreditwesens zu unterziehen.

Ist aber diese Hilfe gesichert, so kann der ostpreußische Grundbesitz nicht verlangen, daß auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen mit Polen die ostpreußischen Sonderwünsche als ausschlaggebend angesehen werden. Die wichtige Aufgabe der Einbeziehung Deutschlands in die Weltwirtschaft und in die internationale weltwirtschaftliche Verflechtung, wie sie selbst der völksparteitliche Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius im Anschluß an die Weltwirtschaftskonferenz in Genf wiederholt skizziert hat, darf nicht durch agrarische Sonderwünsche auf Kontingentierung der Einfuhr von polnischen Kartoffeln und Schweinen sabotiert werden. Die These des ostpreußischen Nationalheiligen, Professor Beckmann-Bonn, daß die Berücksichtigung der Interessen des ostpreußischen Grundbesitzes als nationales Problem den Ausschlag für die Gestaltung der Handelsbeziehungen mit Polen zu geben habe, kann ganz zu schweigen von den Interessen der Konsumenten, weder vom deutschen volkswirtschaftlichen Standpunkt, noch von dem der schlesischen Wirtschaft in besonderer Anerkennung werden. Einen zusätzlichen Vorteil der Landwirtschaft in Ostpreußen zuzubilligen, dessen sie zu ihrer Existenz nicht bedarf, und um deswillen der Entwicklung der schlesischen industriellen Wirtschaft einen tödlichen Stoß zu versetzen: das kann nicht verantwortet werden. Die furchtbaren Gefahren der Einseitigkeit der wirtschaftlichen Struktur einer Provinz zeigen sich gerade jetzt in Ostpreußen. Das Beispiel warnt davor, eine Handelspolitik zu treiben, die aus Schlesien wirtschaftlich ein zweites Ostpreußen macht. Das würde weder sozial, noch national vertreten werden können.

Sieht man von der Behandlung der oben geschilderten landwirtschaftlichen Probleme ab, ebenso von der Fürsorge für gewisse Grenzkreise, deren Lage in der isolierten Provinz besondere Berücksichtigung verdient, so fällt doch die Vindizierung aller anderen wesentlichen Kräfte auf sozialem und kulturellem Gebiet unter die gemeinsamen Aufgaben, die die neue Grenzsetzung und die Jahrhunderte lange Vernachlässigung des ostdeutschen Volkes und seiner Bedürfnisse der Fürsorge für alle östlichen Grenzgebiete stellt. Auch die neue Grenze der Grenzmark Posen, Westpreußen, das oberchlesische Industriegebiet, das Waldenburger Gebiet, um nur einiges zu nennen, schließen Notstände ein, die unvergleichbar sind, und drängen zu Hilfsmaßnahmen, die ebenso wenig aufgeschoben werden können, wie die Erfüllung dieser ostpreußischen Wünsche. Auch hier ist alles Theoretisieren, die Aufstellung von Gradmessern der Not, von Stufenleitern der Hilfeleistung von Hebel. Gibt man der ostpreußischen Wirtschaft durch entsprechende Gestaltung der Fracht- und Kreditbedingungen, der schlesischen durch einen den Export fördernden deutsch-polnischen Handelsvertrag, beiden durch Siedlung und großzügigen Ausbau des Verkehrs- und Straßennetzes die Grundlage zu einer gesunden Existenz wieder, so kann man an die anderen Aufgaben herangehen, ohne befürchten zu müssen, daß der Boden unter den Füßen weggleitet. Keine Art des Eingreifens, die für eine Provinz erforderlich ist, sollte einer anderen Anlaß zu gleichartigen Forderungen geben dürfen, wenn ihre Erfüllung für sie nicht lebensnotwendig ist. Ostpreußen hat auf vielen Gebieten das Recht auf eine Sonderbehandlung, das der Provinz nicht vorzuenthalten werden kann, wenn nicht verhängnisvolle Folgen eintreten sollen. Für Schlesien gilt — auf anderen Gebieten — das gleiche. Nicht Ostpreußen oder Ostpolitik, sondern Ostpreußen und Ostpolitik muß die ostpreußische Forderung lauten, die die Verknüpfung der eigenen Interessen mit den Forderungen aller östlichen Grenzgebiete herstellt.

Kein Generalstreik in Dänemark.

Beschlüsse der dänischen Sozialdemokratie und der dänischen Gewerkschaften zur Arbeitslosenfrage.

Kopenhagen, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine Konferenz der dänischen sozialistischen Reichstagsfraktion und des Gewerkschaftsbundes, die sich im Auftrage von 312.000 dänischen Arbeitern mit der am 1. Oktober eintretenden Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigte, nahm unter Ablehnung eines Antrages auf Proklamierung eines Generalstreiks zu den erörterten Problemen drei Resolutionen an. In der einen wird die Gleichgültigkeit der regierenden Liberalen gegenüber dem Beschäftigungsproblem festgestellt und die Sozialdemokratie aufgefordert, ihr Krisen-

kämpfungsprogramm sofort wieder im Parlament einzubringen. Die andere Resolution fordert die Regierung auf, sofort Kostensätze zu beginnen und appelliert an die Kommunen, ihrerseits durch vermehrte Unterstützung der Arbeitslosen aus ihren Dienstkassen die Not der Arbeitslosen zu mildern. Die dritte Resolution fordert alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum Eintritt in die Sozialdemokratische Partei auf.

Diese Beschlüsse schafften nach Zusammentreten des dänischen Reichstages am 4. Oktober zweifellos eine hochpolitische Situation. Eine Sonderkommission, die von den radikalsten Gewerkschaften mit Referenten kommunistischer Führer abgefallen wurde, fand nur geringen Zuspruch und endete in einem ohnmächtigen Protest gegen die Politik der Sozialdemokratie und die Haltung des Gewerkschaftsbundes.

Kleine Auslandsnachrichten.

Vorbereitung eines zweiten amerikanischen Inzidenzes. Die mexikanische Regierung hat ihrem Rechtsbeistand in New York den Auftrag erteilt, die im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag in Boston kürzlich verhafteten vier Mexikaner im Namen der mexikanischen Regierung zu verteidigen. Die Regierung hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen, um nach den Worten ihres Rechtsbeistandes „eine Wiederholung des Sacco-Banzetti-Falles zu verhindern“.

Bermischtes.

Ausbruchversuch von Schwerverbrechern.

In der Nacht vom Montag unternahm in Olmütz (Tschekoslowakei) der Räuber Leccian, der kürzlich vom Militärgericht zum Tode verurteilt worden war, mit seinem Gefährten Kaspalik einen Fluchtversuch aus dem Gefängnis des Divisionsgerichts. Da die beiden Verbrecher wiederholt Fluchtversuche unternommen hatten, waren sie scharf bewacht und auch in ihren Zellen mit Handketteln gefesselt. Sie befreiten jedoch einen Wachtposten, der ihnen Feilen in die Zelle schmuggelte. Damit durchdrangen sie ihre Feilen, krochen aus der Zelle auf den Gang und fesselten dort zum Schein den Wachtposten, der sie heraustrief. Ein zweiter Wachtposten bemerkte den Fluchtversuch, doch wurde er von dem Räuber mit dem Gewehr des ersten Postens niedergeschossen. Darauf entspann sich zwischen der herbeigeeilten Gefängniswache und den beiden Räubern ein einseitiges Feuergefecht. Schließlich ergaben sich die beiden Räuber. An dem Aufkommen des verwundeten Soldaten wird gearbeitet.

Der Bombenanschlag gegen den Zug Nizza-Golfo Juan.

Nähe bei der Stelle, an der der Bombenanschlag gegen den Zug Nizza-Golfo Juan erfolgte, wurde auf einer Kellametafel ein Plakat mit der Aufschrift „Rache für Sacco und Banzetti“ entdeckt. Wie sich übrigens aus einer Havasmeldung aus Nizza ergibt, ist durch die Untersuchung festgestellt worden, daß die auf der Strecke Cap d'Azur-Monaco vorgefundenen Festschrauben nicht in verbrecherischer Absicht niedergelegt wurden, sondern infolge eines Erdbebens der längs der Strecke sich hinziehenden Felsabhänge niedergestürzt sind. Die Nachforschungen nach den Urhebern des Bombenattentats werden fortgesetzt.

Schiffszusammenstoß in den Dardanellen.

In den Dardanellen stießen die beiden rumänischen Petroleumdampfer „Ludwig Kaffi“ und „Barien Storlan“ zusammen, wobei ersterer sofort sank. Die Mannschaft wurde vor dem wenig beschädigten „Storlan“ gerettet.

Unwetterkäden in Toscana.

Infolge reichlicher Niederschläge in den Bergen der Landschaft Casentino stiegen der Arno und seine Nebenflüsse. Der Gewalt der Wasser bewirkte einen Erdsturz an den Ufern des Arno, der an einigen Stellen die Häuser überschwenkte. Mehrere Häuser wurden beschädigt. Eine Brücke stürzte ein.

Die „Walthrie“ nach London gestartet.

Das am 31. August im Hafen von Neu-Kuhren bei Königsberg nosegelandete englische Militärflugzeug „Walthrie“ ist Montag vormittag nach Beendigung der Reparaturen unter Führung des englischen Fliegerkapitäns Martin mit 6 Mann Besatzung zum Fluge über Kopenhagen nach London gestartet.

5000 Dollar für eine Taube.

Die wilden Tauben, die das San Fernando-Tal im südlichen Kalifornien bevölkern, sind so rücksichtslos abgeschossen worden, daß sie innerhalb von fünf Jahren vernichtet wären, wenn man jetzt nicht strenge Schutzmaßnahmen getroffen hätte. Wer eine dieser schieferblauen Tauben fängt, muß dafür eine Geldstrafe von 5000 Dollar erlegen. So ist es noch in letzter Stunde gelungen, sie zu retten. Man glaubte eine Zeitlang, daß es sich hier um die bekannten Wandertauben handelte, aber diese sind inzwischen ausgerottet, und die kalifornischen Tauben gehören einer anderen Art an.

Gepflegtes Haar — eine gute Empfehlung!
Fremde Menschen beurteilen Sie stets nach Ihrem Äußeren. Man wird immer Rückschlüsse auf Ihren Charakter aus der sorglichen Pflege ziehen, die Ihre Erscheinung verrät. Vergessen Sie nicht, wie entscheidend gutgepflegtes Haar diese beeinflusst. „4711“ Portugal gibt Ihrem Haar seidenweiche, glänzende Fülle und ermöglicht es Ihnen, Ihre Frisur leicht und dauernd in eine gefällige Form zu legen.



4711 Portugal

Einladung zur Vorbestellung

Mitte Oktober erscheint das Monumentalwerk

Karl Krausky
Die materialistische Geschichtsauffassung

5 Bücher in zwei Bänden **30 Mark**

Bei Vorausbestellung bis zum 30. September, auch auf Buchkarte, nur 25 Mark.

Volksbuchhandlungen
Königsplatz 3 u. Neue Fasanstraße 11.

Druckerei Volkswacht (Ausführung aller Druckarbeiten)
Breslau 2, Blücherstraße 4/5

Englands Eisenkrise.

Eine Warnung für die deutschen Scharfmacher.

Uns wird geschrieben:

Die von der englischen Eisenindustrie vor Wochen vorgenommene Preisherabsetzung dürfte früher oder später zu einer einschneidenden Veränderung in der Organisation der europäischen Eisenindustrie führen. Es ist mit einem Eintritt Englands in die internationale Kohlenabkommensgemeinschaft, bei internationalen Eisenpreisen zu rechnen. Andererseits dürften die Erfahrungen, die Deutschland und England mit der britischen und französischen Eisenkonkurrenz (Verkäufe nach dem Ausland zu sehr gedrückten Preisen) gemacht haben, dazu führen, den Zusammenstoß der Eisenindustrie der verschiedenen Länder in der internationalen Kohlenabkommensgemeinschaft enger zu gestalten. Das Ziel geht hier dahin, in einem gemeinsamen Verkaufsvereinbarung zu bilden, die den Weltmarkt mit Eisen sämtlicher Industrien zu gleichen Preisen beschließen.

Für die gekennzeichnete Entwicklung spricht die Krise in der englischen Eisenindustrie. Hinter dem Wunsch, den internationalen Eisenmarkt auszubauen, steht die englische Eisenkrise als wichtige Wirtschaftsnöwendigkeit. Nach Beendigung des Kohlenkampfes in England ging die englische Eisenindustrie in eine ausgeprägte Hochkonjunktur. Während der Streikzeit konnten die Werke selbst unter Zuhilfenahme importierten Roh Eisens und Eisenerzes überhaupt nur den Bedarf an leichtem Material decken. So sammelten sich große Auftragsbestände an, deren Aufarbeitung in den ersten Monaten des Jahres 1927 zu Rekordproduktionsziffern führte.

Die Erzeugung an Roh Eisen in England betrug im Monatsdurchschnitt 1926 nur 204 000 Tonnen gegenüber 855 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1919. Sie steigerte sich dann im Januar 1927 auf 435 000 Tonnen, im April 1927 auf

680 000 Tonnen und im Mai 1927 auf 720 000 Tonnen. Dann trat der Rückschlag ein, da sich die Aufträge stark verminderten, so wurden im Juni 1927 nur 651 000 Tonnen, im Juli nur 646 000 Tonnen und im August nur 596 000 Tonnen Roh Eisen produziert. Ähnlich liegen die Dinge in der Stahlindustrie. Hier betrug die monatliche Durchschnittserzeugung im Jahre 1926 rund 355 000 Tonnen gegenüber 650 000 Tonnen im Jahre 1919. Die Erzeugung steigerte sich von 731 000 Tonnen im Januar 1927 auf 883 000 Tonnen im Mai 1927. Dann trat aber, gerade wie bei der Roh Eisenerzeugung, ein Rückgang ein und zwar bis auf 687 000 Tonnen im Juli 1927 und 645 000 Tonnen im August 1927. Im Januar 1927 waren 155 Hochöfen im Betrieb. Die Zahl der sich im Betrieb befindlichen Hochöfen steigerte sich bis im Mai 1927 auf 184, dann trat bis zum August 1927 ein Rückgang auf 165 ein, der sich ohne Zweifel aus mangelnden Aufträgen erklärt.

Die Entwicklung in der englischen Eisenindustrie ist sehr durchsichtig. Obwohl die Werke ihre Preise, vor allem durch Verbilligung des englischen Hochofens, dessen Preis heute ungefähr um etwa 8 Prozent unter dem Westpreiskurs liegt, erheblich verbilligen konnten, ging der Absatz von englischem Eisen zurück. Der Grund dafür ist in den billigen Lieferungen der skandinavischen Werke, insbesondere der französischen und der luxemburgischen Werke zu suchen. Im zweiten Vierteljahr 1927 betrug z. B. die Eiseneinfuhr nach England im Monatsdurchschnitt 1925 rund 350 000 Tonnen. Damit lag die Einfuhr um 30 Prozent höher als im Monatsdurchschnitt 1926 und um 80 Prozent höher als im Monatsdurchschnitt der Vorkriegszeit. Geht die Entwicklung weiter, so ergibt sich nach Schätzungen auf Grund der bisherigen Einfuhrwerte eine Jahreseinfuhr in Höhe von 1 Milliarde Mark.

Inbesondere sind es, wie schon bemerkt, die französischen und belgischen Werke, die für die Beseitigung der unabhängigen englischen Walzwerke und des englischen Großhandels in Frage kommen. Wie schwierig hier sich die Verhältnisse für die englische

Eisenindustrie gestaltet haben, geht daraus hervor, daß man außer durch die ganz erhebliche Preisverbilligung durch einen Preisabsatzzwang für ausländisches Eisen die ausländische Konkurrenz zurückdrängen versucht. Der Preisabsatzzwang ergibt sich auf Grund der neuen „Merchandise Marks Act“, die für die wichtigsten Eisengroßhandelswaren gilt und demnach die für die Einfuhrung gelangt. Selbstverständlich kann England, das, um eine hohe Eisenaufnote bei seinem Eintritt in den internationalen Eisenmarkt zu erhalten, die Auslandskonkurrenz zurückdrängen muß, die Entscheidung nur durch den niedrigen Preis erzwingen. Hier muß betont werden, daß die Konkurrenzpreise der kontinentalen Eisenwerke auch heute noch, selbst die Berücksichtigung der Kraftkosten nach den Inlandspreisen in England, bei fast allen die neuen heruntergeschritten englischen Preise. Allerdings hat man bei Schiffblechen eine Angleichung der englischen Preise an die kontinentalen Ausführpreise erreicht, so daß die Werke, die einen großen Teil ihrer Aufträge bisher im Auslande platzieren, wieder in stärkerem Maße englisches Material verwenden können.

Der englischen Eisenindustrie könnte ein Glücksfall zu Gute kommen, nämlich ein Streik in der deutschen Eisenindustrie. Die Haltung der deutschen Großindustrie ist auch derart, daß gewisse Kreise in England damit rechnen. Es würde sich dann, allerdings zu Ungunsten der deutschen Schwerindustrie, dasselbe Spiel wiederholen, das wir 1926/27 gelegentlich des englischen Bergarbeiterkampfes erlebt haben. Das würde für die deutsche Industrie einen unermesslichen Schaden bedeuten, der, wie die Verhältnisse in Deutschland belagert sind, fast gar nicht wieder gut gemacht werden könnte. Die deutsche Industrie steht vor einer sehr wichtigen Entscheidung. Zu raten ist ihr, den Lohnforderungen der Arbeiterklasse nachzugeben, was ihr durchaus möglich ist, und die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Das englische Beispiel kann nur warnen!

Gamilton-Anzeigen

Am Sonntag, den 25. September, abends 9 Uhr, verstarb plötzlich mein herzenguter, treusorgender Mann, Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Buchdrucker-Faktor Paul Hoffmann im 63. Lebensjahre.

Breslau, den 27. Septbr. 1927 Gneisenaustr. 13

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Johanna Hoffmann und Tochter.**

Einscherrung: Freitag, den 30. September, nachm. 1 Uhr, im Krematorium in Gräbchen.

Am 25. Septbr. verschied plötzlich unser langjähriges Mitglied, das frühere Vorstandsmitglied und langjähriger Distriktsführer, der Buchdrucker-Faktor

Paul Hoffmann im Alter von 62 Jahren.

Ehre seinem Andenken! **Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.**

Einscherrung: Freitag, d. 30. Septbr., 13 Uhr, im Krematorium in Gräbchen. 5796 Trauerhaus: Gneisenaustr. 13. Distrikt 21.

Am 24. September starb unser Mitglied

Frau Anna Wahl geb. Gröbner.

Ein ehrendes Andenken bewahren für 5797

Die freiwillig organisierten Mitglieder der Freiwilligen Sterbekasse der Schulfabrik R. Döckerl.

Berdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle in Coel, nach Teil St. Hedwig.

Zurückgekehrt Dr. Ernst Löwenstein Frauenarzt 4285

Kaiser-Wilhelm-Strasse 43, Ecke Horststr.

Das Buch für den

Arbeitersportler!

Dr. med. Julius Marcuse

Hygiene des Arbeitersportes

Mit 34 Abbildungen

2.75 Mk.

Volksbuchhandlungen

Neue Graupenstr. 5 und Neue Taschenstr. 11

Philosophie!

Bestell- und Anfordern des Sprachbuches „Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre“ von Dr. Albert Goedeckemeyer, Königsberg. Preis 2.75 Mk. Bestellen Sie bei uns!

Für die Redaktion verantwortlich: Heinrich Dertj; für die Anzeigen: Max Tode. - Redaktion: Gröndelplatz 3. - Hauptred.: Hülfstr. 4. - Druck v. Verlag v. „Volksbuch“ G. m. b. H., Jüml. i. Breslau

Unserem aufrichtigen Kämpfer, dem Abteilungsleiter Genossen **Alfred Schramm** zu seinem

50. Geburtstag

die herzlichsten Glückwünsche. 5798

Breslau, den 27. September 1927.

Die Funktionäre der Distrikte 28 u. 29.

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pl. wöchentlich kannst Du Dir geistige Güter von unserm reichhaltigen West erwerben! Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Wenn Sie ein gutes Seifenpulver suchen!



Dixin

David: Referentenfürer. Eine Anleitung für sozialistische Redner. Preis nur 50 Pl., auswärtig 10 Pl. Porto. **Volksbuch-Verhandlung (Modernes Antiquariat) Breslau 211, Neue Graupenstr. 5.**

Nur wenige Bände sind von unserem Sonderangebot noch lieferbar!

Philosophische Reihe

Herausgegeben von Dr. Alfred Werner.

- Bd. 8: Schillers Weltanschauung. Von Th. Kappstein.
- Bd. 9: Theosophie. Von H. Tiefenbrunner.
- Bd. 10: Einführung in die Philosophie Descartes. Von A. v. Aster.
- Bd. 15: Scholastiker. Von O. Wichmann.
- Bd. 16: Die klassisch-deutsche Bildungswelt. Von E. Bergmann.
- Bd. 19: Rudolf Steiner. Ein Kämpfer gegen seine Zeit. Von Ernst Holdt, München.
- Bd. 22: Die romantische Idee im heutigen Deutschland. Von Dr. Jul. Rud. Kaim, München.
- Bd. 24: Frauenbewegung und -Erziehung. Von Dr. Ilse Reicke, Berlin.
- Bd. 27: Die Erziehungswissenschaften. Von Prof. Dr. Ernst Bergmann, Leipzig.
- Bd. 28: Dostojewski. Von Michael Grusemann, Berlin.
- Bd. 29: Psychologische Probleme. Von Dr. Jul. Rud. Kaim, München.
- Bd. 30: Paul Claudel und Romain Rolland. Neufranzösische Geisteswelt. Von Dr. Helmut Hatzfeld, Heidelberg.
- *Bd. 31: Aufstieg oder Untergang der abendlichen Kultur. Von Dr. F. Koehler, Berlin.
- *Bd. 32: Von Luther bis Spinoza. Von Ernst Boldt, München.
- Bd. 33: Die homerische Philosophie. Von Thassilo v. Schaffler, München.
- Bd. 34: Einführung in die Psychologie. Von Prof. Dr. Alfred Brunswig, Münster i. W.
- Bd. 36: Probleme der modernen Dramatik. Von Prof. Dr. Alfred Kier, Berlin.
- Bd. 37: Die Einheitslehre vom gegenwärtigen Standpunkt der Schulreform. Von Studienrat Dr. Erich Witte, Berlin.
- Bd. 38: Philosophie der Kunst. Von Dr. Alfred Werner, Danzig.
- Bd. 39: Schöpferische Funktionen des Geistes. Von J. E. v. Hoesslin, München.
- Bd. 40: Einführung in die Sprach-Philosophie. Von Dr. H. Hatzfeld, Heidelberg.
- Bd. 41: Der Sinn der Literaturwissenschaft. Von Dr. Jul. Rud. Kaim, München.
- Bd. 42: Platon. Von Prof. Dr. Albert Goedeckemeyer, Königsberg.
- Bd. 43: Die pädagogische Bewegung d. Gegenwart. Von Prof. Dr. Rud. Lehmann, Breslau.
- Bd. 44: Beethoven. Von Michael Grusemann, Berlin.
- Bd. 45: Raum und Zeit in der Geschichte der Philosophie. Von Prof. Dr. E. v. Aster, Gießen.
- Bd. 46: Jakob Friedrich Fries. Seine Philosophie und seine Persönlichkeit. Von Dr. Meinhard Hasselblatt, München.
- Bd. 47: Bewußtsein, Unbewußtes, Unterbewußtes. Von Dr. K. J. Grau, Berlin.
- *Bd. 49: Wille u. Freiheit. Von Dr. O. Wichmann, Halle.
- Bd. 50: Leib u. Seele. Von Prof. Dr. H. Schwarz, Greifswald.
- Bd. 53: Jean-Jacques Rousseau. Von H. Hatzfeld.
- Bd. 54: Hegel. Von H. Brunswig.
- Bd. 55: Die indischen Religionen. Von J. Richter.
- Bd. 56: Geschichte der franz. Aufklärung. Von H. Hatzfeld.
- *Bd. 57: Das allgemeinste Entwicklungsgesetz. Von Petzold.
- Bd. 58: Der Staat als Problem der Weltanschauung. Von E. Eppich.
- Bd. 59: Wesen u. Bedeutung des Individualismus. Von F. Koehler.
- Bd. 60: Nietzsche für und gegen Vaehinger. Von W. Liebmann.
- Bd. 61: Der Wert des Werkes Christi für die Religion. Von P. F. Koehler.
- *Bd. 63: Weltanschauung aus dem Geiste des Kriticismus. Von Weidenbach.
- *Bd. 64: Sozialphilosophie. Von O. Wichmann.
- Bd. 65: Philosophische Lexikon. Von K. Wagner.
- Bd. 66: Steiner und das Epigonentum. Von Boldt.
- *Bd. 68: Francois Rabelais. Von H. Hatzfeld.
- Bd. 69: Psychologie des Selbstbewußtseins. Von G. Lehmann.
- Bd. 70: Hebel. Von J. Bab.
- Bd. 71: Literarische Geschmacksbildung. Von L. Schüting.
- Bd. 72: Das Drama. Von K. Goldschmidt.
- Bd. 73: Der französische Symbolismus. Von Hatzfeld.
- Bd. 74: Weltanschauung und Lebensführung. Von F. Koehler.
- Bd. 75: Goethes Faust. Von E. v. Aster.
- Bd. 76: Johannes Rehnke. Von S. Hochfeld.

Jeder Band geb. nur 50 Pl., mit * bezeichnete Bände nur 60 Pl.

Volksbuchhandlungen Breslau Neue Graupenstr. 5 Mod. Antiquariat Neue Taschenstr. 11

Stadtheater
Dienstag 7 Uhr
20 bis nach 22.30:
3. Ab. Borst, Serie A
Der Freischütz.
Mittwoch
20 bis 22.30 Uhr:
3. Ab. Borst, Serie B
Cavalleria rusticana
Der Bajazzo.
Donnerstag
20 bis gegen 22.30:
3. Ab. Borst, Serie E
Die verkaufte Braut.

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 3630.
Täglich 8 Uhr:
„Die Königin“
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Glück in der Liebe“

Robe-Theater.
Tel. Ring 6774.
Täglich 20 Uhr:
„Der Zar“
Tragödie des Offens
von Hanns Gobsch
Thalia-Theater.
Tel.: Ring 6700.
Täglich 20 Uhr:
„Zur Mann“
Lustspiel v. Paul Gerlach.
9796

Lieblich-Theater.
Tel. Steph. 3645
Täglich 20 Uhr:
Nur 4 Tage noch 4 große Jubiläums-Programme!

Reihweise elegante Rad- u. Smoking-Anzüge **A. Palaleng** Schneidemeister 9795
Bischofstr. 3.

Zurückgekehrt **Dr. med. Baerck** Westendstraße 102 Fernsprecher Ohle 3632.

Zurückgekehrt **Dr. H. Meyer** prakt. Arzt und Geburtshelfer Goethestr. 97/99, Nähe Lobstr.

Zurückgekehrt **Dr. med. Podschubski** Bittoriastraße 104 a.

Reihweise elegante Rad- u. Smoking-Anzüge **Herm. Mohaupt** Karlsruher Str. 1. Tel. N. 1300 früher Albrechtstraße.

Die gute billige Skat-Karte 75 empf. **C. Kretschmer** Schmiedebühlcke 29b.

Reihweise Rad- u. Smoking-Anzüge nur neueste Falten **C. P. Pätzold** Königsstraße 79, L. Rißling-Auswärtl.

Zur Milchsee und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, dann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden. **Berlag der Volkswacht**

Reihweise in Serge, Kattun, Reinwand, Kammgarn u. Kammgarn sehr billig. **Bertold Lippert** Heinrichstraße 16 Filiale: Oberstraße 17.

Kleine Anzeigen sind morgen gelehrt empfangen. **Kleine Anzeigen** sind morgen gelehrt empfangen. **Kleine Anzeigen** sind morgen gelehrt empfangen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 27. September.

Gegen die Schulreaktion!

Zum Protest gegen den reaktionären Entwurf eines Schulgesetzes hatte die Partei gestern abends eine öffentliche Versammlung einberufen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war gut besetzt, doch war der Andrang weniger stark als bei anderen Kundgebungen oft zu sein pflegt. Die Gefahren der Schulreaktion auf diesem Gebiete werden leider in weiten Kreisen der Arbeiterschaft noch nicht so recht erkannt. Genosse Dr. C. E. Stein begrüßte als Rednerin die Reichstagsabgeordnete Toni Pfüll, die Vertreterin des Wahlkreises, wo die Reif von Konnersreuth zu Hause ist. (Große Heiterkeit.) Genossin Pfüll trat dann munter und geschäftig an ihre Aufgabe heran, die Anwesenden mit dem Gegenstande der Tagesordnung vertraut zu machen. Sie führte dabei folgendes aus:

Die Fragen der Schul- und Kulturpolitik werden in weiten Kreisen der Arbeiterschaft noch für etwas gehalten, was außerhalb des Klassenkampfes liegt. Es ist ja auch selbstverständlich, daß Kulturfragen in vielen proletarischen Familien keine große Rolle spielen können. Wo in einem oder zwei Zimmern sechs bis acht Köpfe leben müssen, wo außer der Familie auch noch Schlafengeher gehalten werden müssen, dort ist von Kultur auch in ihrem schärfsten Anfange nicht die Rede. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um die primitivsten Lebensnotwendigkeiten zu decken. Daß hier Kultursehnsucht aufsteigt, ist kaum möglich, und doch handelt es sich hier nicht nur um eine Frage für die Intellektuellen, sie muß vielmehr von der Arbeiterschaft gelöst werden. Die heutige Schule erfüllt nicht die Aufgabe, die Jugend auf die künftige Entwicklung hin zu erziehen. Brauchbare berufliche Menschen, Staatsbürger, die nicht über ein gewisses Maß an Denken hinauskommen, erzeugt die heutige Schule. Um die alte und die neue Gesellschaftsordnung geht es. Die Kinder sollen in den Kampf für einen besseren Zustand des Menschheitsgeschlechts erziehen werden. Wir können nicht wollen, daß die Jugend in einem verkehrten Geiste aufwächst. Wir wissen von dem, daß man Jahre gebraucht, um sich von den geistigen Fesseln zu befreien, die den Kindern auferlegt werden. Es handelt sich nicht nur um den Religionsunterricht, sondern um tiefere, ernstere und weitere Zusammenhänge. Das Zentrum wird seinen Vertretern allerdings nicht sagen, daß es sich um ihre Niederhaltung handelt, ihnen wird vorgegaukelt, daß es nur um die Religion geht. In Wirklichkeit geht es um den alten Staat und um die Macht im Staate. Ein Teil des Proletariats ist sich rechtlich noch nicht klar, wozu der Weg geht. Seit den Tagen von Weimar geht der Kampf um die Schule. Zuerst als noch alles im revolutionären Schwünge war, war das Zentrum zufrieden, daß katholische Privatschulen auf private Kosten möglich sein sollten. Dann kam die Zeit des Versailler Vertrages. Das Zentrum wußte seine Position geschwächt und die Zeit der schwersten außenpolitischen Gefahr benutzte es nun, im Artikel 146 der Verfassung Änderungen zu erlangen, auf denen es nun weiterbaute. Immerhin war die Gemeindeforschule ein Fortschritt, wie auch das Prinzip der Staatschule. Die Rolle der Liberalen in der Frage der Schule ist rühmlich, denn gegen die weltliche Gemeindeforschule hat der Entwurf des Genossen Heinrich Schulz kämpft nicht nur das Zentrum, sondern auch Volkspartei und Demokraten. Sie kamen mit dem Begriff der christlichen Gemeindeforschule. Der reaktionäre Entwurf erfüllt alle Wünsche der beiden Konfessionen. In Zukunft geht es allerdings weniger um die Lehre Christi als um die Höhe. Um Religion und Höhe geht also der Ruhm. Das Zentrum redet vor seinen Arbeitern von deren sozialer Not, im Handel mit den Junkern aber geht es vollkommen über die soziale Not hinweg. Die evangelische Seite redet vom Deutschen als einem christlichen Reich. Aber wann ist das Deutsche Reich jemals ein christliches Reich gewesen? Damals, als man über Kinder von zehn bis zwölf Jahren in Fabriken ausbeutete? Oder als man die Arbeiter durch das Sozialistengesetz peinigete? Oder als man Millionen in den Krieg trieb? Man sieht, was die anderen aus der Befehlschule machen wollen. Und bei der Befehlschule soll es nicht bleiben, dahinter kommt das Koncordat, kommt die vollkommene Herrschaft der Kirche über Lehrer und Schüler, der Staat wird nicht Herr der Schule, sondern der Mittel der Kirche.

Bei alledem rechnet man mit der Trägheit der Masse. Diese ist es mobil zu machen. Man kann nicht wirtschaftlichen Fortschritt wollen und zugleich kulturelle Reaktion. Auch Preußen steht vor dem Abbruch eines Konkordats. Unsere Genossen werden dem viel Widerstand entgegensetzen, als ihnen Kraft und Draufgänger fehlt. Wir müssen unsere Leute aufrufen. Es bleibt bei einem Konkordat nicht stehen bei den Schulbestimmungen, sondern dieses ist auch finanzielle Auswirkungen. Deshalb mit ganzer Energie in die künftigen Kämpfe hinein. (Lebhafte Beifall.)

In der Aussprache kamen von der Seite der Freidenker die Genossen Kurt Kramer und Karl Pietsch zum Wort. Genosse Pietsch trat für die weltliche Schule ein. Er konnte berichten, daß zwar infolge des Geburtenrückganges in diesem Jahre 2000 Kinder weniger neu zur Schule gehen, daß aber die bisher zur weltlichen Schule angemeldeten Lernanfänger bereits die vierzehn Klassen des Vorjahres füllen. Können noch recht viele Eltern ihre Kinder zur weltlichen Schule anmelden. Trotz vermindert Schülerzahl in Breslau wird die Zahl der weltlichen Klassen auch in diesem Jahre wieder wachsen. Genosse Dr. C. E. Stein verteidigte gegenüber den beiden erwähnten Rednern die Haltung der Partei, die mit Recht die Religion als Privatsache erklärt hat.

Im Schlußwort erklärte Genossin Pfüll, wir können von der Partei wegen niemandem in religiösen Dingen Vorschriften machen. Aber gegen die konfessionelle Scheidung des Volkes gehen wir den Kampf. Besonders müssen wir die konfessionelle Scheidung der Arbeiterklasse zu durchbrechen suchen. Die Rednerin trat ebenfalls warm für die weltliche Schule ein.

Dank der Berglandkinder!

Eine Woche liegt die Breslaufahrt hinter uns. Aber immer noch erzählen die Kinder davon, als sei es gestern gewesen. Unvergessen bleibt die Liebe und Hilfsfreudigkeit, die wir überall gefunden. Man gab den Kindern nicht nur Bett und Essen, sondern mit Geld, Kleidungsstücken, Spielzeug und was noch was, schickte man sie nach Hause. Beglückt erzählten einige, daß sie das erstemal allein in einem Bett geschlafen hätten. Sogar als wir abreisten, besuchten viele „Quartier-Eltern“ noch einmal unsere Kinder. Mit einem vielschichtigen „Auf Wiedersehen“ klappte der Zug aus der Halle. Und hoffentlich dauert es nicht allzulange, daß wir an Breslauer Kindern einen Teil unseres Dankes abtragen können.

Viele haben zu der freudigen Ausgestaltung dieser drei Tage beigetragen. Wir wollen keinen Namen nennen. Wir können keinen Himmelslohn versprechen. Proletarische Gemeindeforschule und außerparteiliche Selbstlosigkeit vereinen uns. Deshalb nochmals herzlichsten Dank und besucht uns im Bergland. Ihr werdet freudig erwartet! Lehrer F. R.

Paul Hoffmann 4.

Pflichtig und unerwartet ist einer jener unerträglichsten Arbeiter, die ein großes Verdienst an dem stolzen Aufstieg der Partei haben, dahingegangen. Paul Hoffmann war viele Jahre lang eine der bekanntesten Persönlichkeiten, besonders im Odertor und Sandtor, wo er mehr als 20 Jahre an vorderster Stelle gestanden hat. 15 Jahre lang hat er das schwere Amt des Distriktsführers mit voller Hingabe ausgeübt und hat sich immer in vorbildlicher Weise bei allen Vorarbeiten an die Spitze gestellt. Ebenso lange gehörte er dem örtlichen Parteivorstand als Schriftführer an. 1919 bei der Stadtverordnetenwahl wurde er durch das Vertrauen der Genossen mit einem Stadtverordnetenmandat bedacht, das er in musterhafter Weise ausübte. Der Pressekommission der „Volkswacht“ hat er viele Jahre angehört und als Buchdrucker-Faktor bei dem Aufbau unserer Parteidruckerei hervorragenden Anteil genommen. Alle, die diesen Stellen, selten viel redenden Genossen gekannt haben, werden ihm ein dankbares Gedächtnis bewahren.

Die Befoldungsreform der Beamten und ihre Auswirkung.

Ueber dieses Thema spricht Montag, den 3. Oktober, in der „Neuen Börse“ in einer öffentlichen Beamtenversammlung. Reichstagsabgeordneter Kollege Willi Steinkopf-Berlin. Parteigenossen! Macht diese Versammlung bei allen bekannt, sorgt für guten Besuch!

Das Thalia-Theater polizeilich gesperrt.

Wie uns von dem Büro der Vereinigten Theater mitgeteilt wird, ist das Thalia-Theater bis auf weiteres polizeilich gesperrt worden. Der Grund für die Maßnahme ist, daß in der Sonntagsvorstellung des Lustspiels „Der Mann“, von der Dede des Zuschauerraumes erhebliche Stühle des Vorpuges herabgefallen sind. Glücklicherweise sind die Stühle nicht auf das Publikum, sondern in den Orchesterraum gefallen, so daß niemand zu Schaden gekommen ist. Immerhin besteht aber auch die Gefahr, daß sich weitere Stühle lösen und auf das Publikum fallen. Deshalb war diese Maßnahme nötig. Wie lange die Sperre dauern wird, läßt sich vorläufig noch nicht beurteilen.

Dieses Ereignis gibt hoffentlich Anlaß, die Frage der Breslauer Theaterbauten einmal wieder in Fluß zu bringen. Daß beide Schauspielbühnen keine würdige Unterkunft haben, ist ja allgemein bekannt. Wenn das Breslauer Theaterleben wirklich so ausgebaut werden soll, wie es einer so großen Stadt würdig ist, wird sich unser Erachten die Stadtverwaltung einmal mit der Frage beschäftigen müssen, ob sie nicht hier eingreifen soll und für einen neuen Theaterbau entweder selbst Sorge tragen, oder möglichst dabei behilflich sein soll. Wir werden demnach auf die Frage der Theaterbauten ausführlicher zurückkommen.

Die umgebogene Gemeinnützigkeit.

Das einträgliche Reihengeschäft des „Deutschen Herold“.

Das „Hamburger Echo“ (Nr. 252 vom 12. September 1927) brachte dazu folgende interessante Notiz, die für sich selbst spricht:

„Ueber die eigenartigen Geschäftspraktiken des „gemeinnützigen“ Versicherungvereins „Deutscher Herold“ ist wiederholt berichtet worden. Jetzt kommt aus Berlin die Kunde über ein neues Glanzstück dieses Vereins. Wie die 3. N. berichten, hat der Deutsche Begräbnis- und Lebensversicherungsverein A.-G. „Deutscher Herold“ in seiner letzten Mitgliederversammlung am 29. Juli dieses Jahres die Umgründung des Vereins in eine sogenannte „Gemeinnützige Aktiengesellschaft“ mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Reichsmark beschlossen. Von den mehr als 800 000 Mitgliedern des Vereins waren in der Mitgliederversammlung nur etwa 33 000 vertreten.“

Praktisch bedeutet die Umgründung dieses Vereins zur Aktiengesellschaft die Rechtslosmachung und dazu noch die Vererbung der bisherigen Vereinsmitglieder um ihre Anteilsrechte. Der Verein hat allein im letzten Berichtsjahr einen Nettogewinn von 2 300 000 Reichsmark ausgemittelt.

Nunmehr hat im Interesse der Mitglieder, die Ludwig Bendig die Aufsichtslage gegen den Vorstand der „Aktiengesellschaft“ erhoben und die gerichtliche Aufhebung der Beschlüsse der Generalversammlung vom 29. Juli beantragt. Die Mitglieder des Vereins seien über die Bedeutung der Umwandlung des Vereins, in dem sie bisher das entscheidende Wort führten, in eine Aktiengesellschaft, in der sie keinerlei Rechte mehr besäßen, tatsächlich getäuscht worden. Eine ganz kleine Gruppe von Vorstandsmitgliedern und von Freunden dieser Vorstandsmitglieder oder von wirtschaftlich von den Vorstandsmitgliedern abhängigen Personen hätte den Verein in ihre Hand bekommen.

Man hätte bewußt die Zeitschrift des Vereins, „Die Gemeinnützigkeit“, die alljährlich erschienen sei, zum 1. Januar 1927 eingehen lassen, um die Mitglieder mit den Vätern der herrschenden Klasse nicht bekannt machen zu müssen, die ihr Haupt in der Person des Generaldirektors Herbert Worch sähe. Worch habe übrigens schon früher eine Befoldung von 250 000 Reichsmark pro anno erhalten (auch ein Beweis der Gemeinnützigkeit). Dem neuen Aufsichtsrat sei ein Gehalt von 42 000 Mark pro Kopf bewilligt worden, während noch im Juni dieses Jahres neue Mitglieder mit dem Bemerten geworben wurden, daß das Vereinsvermögen ausschließlich den Vereinsmitgliedern zugute käme und aus ihm keinerlei Gehälter für Aufsichtsratsmitglieder zu zahlen seien.

Uebrigens sei die Generalversammlung nicht ordnungsmäßig zustande gekommen. Die Inhaber der 33 000 Stimmen, die die Beschlüsse der Vorstandsschicht ohne weiteres sanktioniert hätten, seien zum überwiegenden Teile Agenten und Beauftragte des „Deutschen Herold“, die sich die Aufträge zur Stellvertretung bereits vor dem 12. Juli, dem Tage der Veröffentlichung der Tagesordnung der Generalversammlung im Reichsanzeiger, unter irigen Voraussetzungen hätten erteilen lassen. Von der Verwaltung seien für das Einkommen der Stimmen pro Polize 50 Pf. geschickt worden.

Zur Illustration sei bemerkt, daß für die ordnungsmäßige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung nach den Statuten des Vereins 88 000 Stimmen erforderlich sind, während im vorliegenden Falle knapp 33 000 Stimmen, also etwa 4 Prozent der gesamten Mitgliedschaft des Vereins, zu so einschneidenden Satzungsänderungen genügen sollen.“

Staat und Revolution.

2. Vortragabend des Parteikreislaufs Breslau-Stadt.

Zum Bericht über den ersten Abend bedarf es einer Richtigstellung; die Teilnehmerzahl betrug nicht 80, sondern 146. Dieses Ergebnis ist selbstverständlich noch viel erfreulicher, umso mehr die Teilnehmerzahl auf gleicher Höhe geblieben ist.

Diesmal behandelte der Genosse Dr. C. E. Stein die Abschnitte II und III des Linzer Programms, die den Klassenkampf und den Kampf um die Staatsmacht kennzeichnen. Er fasste diese Abschnitte unter der gemeinsamen Überschrift „Staat und Revolution“ zusammen.

Von der Form des bloßen Vortrags abgehend, versuchte Genosse C. E. Stein in lebhaftem Frage- und Antwortspiel die Grundgedanken dieses Themas den Hörern klar vor Augen zu stellen. Dabei zeigten sich aber zugleich die Schwierigkeiten dieser Arbeitsweise. Sie ist in kleinerem Kreise besser denkbar; weiter führt sie auch bei Hörern, die nicht auf diesem Gebiete leblich geschult sind, oft zu ausgiebiger Diskussion der Nebenfragen und Beispielen, während die Linie des Themas dabei verschwindet.

Die Arbeitsart selbst möchten wir natürlich beibehalten. Sie zwingt zur Mitarbeit und rollt die aktuellsten politischen Fragen auf. Von hier aus ist ohne Zweifel der Marxismus am ehesten lebendig zu machen. Jedoch empfiehlt sich vorerst am Schluß des Abends eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse, um auch dem weniger Gelübten das Ergebnis deutlich zu machen.

Genosse C. E. Stein führte etwa aus: Nach der Staatsrechtslehre versteht man unter einem Staat heute ein bestimmtes Gebiet, auf dem ein bestimmtes Volk in einer bestimmten Herrschaftsorganisation lebt. Diese Begriffsbestimmung ist nicht die unsere. Je nach der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich auch die Staatsformen gewandelt und mit ihnen die Staatsbegriffe. Der Begriff von Wesen und Aufgaben des Staates richtet sich nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der herrschenden Klasse.

Das Wesen einer Klasse wird bestimmt von ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln (Mittel zur Erzeugung von Verbrauchsgütern, also im wesentlichen Grund und Boden und Maschinen). Es gibt Besitzer von Produktionsmitteln (Bourgeoisie) und Nichtbesitzer von Produktionsmitteln (Proletariat). Kennzeichnend für das Proletariat ist die völlige Abhängigkeit der Klasse und die vollkommen hoffnungslose Lage des Einzelnen. Nur wenn sich das Proletariat als Klasse begreift, kann es sich im Kampf durch Umgestaltung der Wirtschaftsordnung befreien. Das ist seine geschichtliche Aufgabe, die im Klassenkampf erfüllt wird. Innerhalb des Proletariats können sich dabei keine ideologischen Gegensätze ergeben. Sie sind aber weder hemmend noch unüberwindlich. Die Klasse ist im ganzen geschlossen.

Anders ist es in der Klasse der Kapitalisten oder Bourgeois. Hier sind oft starke auseinanderstrebende Gegensätze vorhanden. So werden zum Beispiel die Interessen des Industriekapitals denen der Landwirtschaft oft entgegengesetzt sein. Um den verschiedenen Mittelstand wird sich das Kapital nicht kümmern.

Diese Gegensätze und auch der Staat können dem Proletariat als Instrumente im Klassenkampf wohl dienen. In jedem Falle müssen wir aber vom nackten egoistischen Interessenstandpunkt unserer Klasse her handeln. Vor allem dürfen wir uns aus falsch verstandenem „Staatsinteresse“ nicht in Konflikt internationaler Art treiben lassen. Meist holt das Proletariat damit den herrschenden Klassen die Kaskaden aus dem Feuer und ist am Schluß selbst der Leidtragende.

Das Kapital hat am heutigen Staat selbst das größte Interesse; es handelt sich um seine Einrichtungen und seine Vorteile. Die Frage für das Proletariat lautet immer: „Wie mache ich meinem Klassenfeinde in jeder Situation die größten Schwierigkeiten?“

Die formale politische Demokratie darf uns natürlich über die Klassenlage nicht hinwegtäuschen. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse auf allen Gebieten nahezu unbeschränkt. Jedes Mittel ist ihnen recht, die Massen niederzubehalten, gleichviel, ob es Reichswehr, Jugendpresse oder Kino heißt. Bei der Eröberung der tatsächlichen realen Machtpositionen muß das Proletariat damit rechnen, daß kein Klassengegner seine Stellungen freiwillig räumt. Hier wird die Anwendung von Gewalt im entscheidenden Moment nicht zu umgehen sein.

Der Klassenkampf des Proletariats ist nicht nur eine geschichtliche Notwendigkeit, sondern er hat auch einen hohen ethischen Sinn. Er hat die klassenlose Gesellschaft zum Ziel, in der eine neue Kultur, eine gesteigerte Lebensform auf der Grundlage des gleichen Rechts und der gleichen Lebensmöglichkeiten für alle entstehen soll.

Zur Ostland-Ausstellung 1929.

Der Breslauer Innungsausschuß hat folgende Entschliebung gefaßt:

Der Innungsausschuß zu Breslau steht dem Gedanken, eine große Ausstellung in Breslau zu veranstalten, an und für sich sympathisch gegenüber, muß aber ein solches Unternehmen ablehnen, wenn das Risiko und die Kosten nur der Wirtschaft aufzuerlegt werden sollen. Wenn Industrie und Handel an das Unternehmen herangehen und wenn insbesondere die Stadt beteiligt, dann wird das Handwerk sich ebenfalls beteiligen.

Theater und Musik.

„Der Hofstaatsrat“.

In nicht erneuter jenseitiger Aufmachung wurde Strauß-Hofmannsthal's „Komödie für Musik“ auch in dieser Saison herausgebracht. Wenn die Theaterleitung damit rechnen wollte, daß sie sich der allgemeinen Ueberschätzung des Werkes nicht angeschlossen, so kann man ihren Standpunkt begründen. Die farzen musikalischen Qualitäten, die in der warmen Gefühlsmelodie und im kammermusikalisch vornehm gehaltenen Orchester vorhanden sind, stehen außer Zweifel, aber der dramatische Aufbau ist doch für eine Komödie zu breit angelegt, die Sprache zu umständlich, als daß echte Humorwirkungen möglich wären. Die Szenen bestanden von der Darstellung aus. Alfred Glos, der nun auch den komischen Helden, wenn man so sagen darf, übernommen hat, ist durchaus kein idealer Ochs von Dersgenau. Seine vorläufige Abhängigkeit vom Dirigentenstab nimmt ihm die Gestaltungsfreiheit, die ihn befähigte, sich so unanstößlich zu geben, daß Fräulein Sophie Farnal Uelcke hat, seine Hand mit allem Nachdruck auszusprechen. Für die stolze junge Dame trat Sylvia Keller ein, die getraut ein größeres Maß Lebenswürdigkeit an den Tag legen darf; schimpflich hat sie sich nur dem Vergnügen zu zeigen, während sie doch für den feinen Brautwerber Orlan regelrecht entbrennt. Die Stimme entwickelte während des ganzen zweiten Aktes nicht genügend Tragkraft, um durchdringen zu können, erst im letzten Aufzuge, besonders im Frauenchor, sang sie gut. Für die erkrankte Frau Kloppe sang Gertrude Geyersbach die Heilmittelkataloge, wie wir hören; nach kurzem Sturzium. Sie hat ihre Aufgabe nicht nur musikalisch einwandfrei gelöst, was gerade bei dieser Partie eine gute Portion Gedächtniskraft voraussetzt, sondern sie zeichnete in feinen, aber abenteuerlichen Szenen die Komödie dieser alternden, lebenden und aufstrebenden Frau. In der Handlung erlebte Otto Siegmann die Rollen des „Hofstaatsrats“ und „Hofstaatsrats“. Oberdirektor Rich Geyersbach, der an diesem Tage sein 25jähriges Jubiläum feierte, hat in der Handlung eine feine, hatte Orchester und Bühne voll in der Hand und sorgte für einen frischen Verlauf der Aufführung, die das Publikum mit Beifall auszeichnete.

Herr Oberbürgermeister, auf ein Wort!

Das wissenschaftliche Gutachten aus der vorigen Sitzung unserer Stadtväter über Herrn v. Hindenburg ruft in mir eine große Erregung an ein anderes, größeres Rettungswerk nach und veranlaßt mich zwangsläufig zu einigen Nachdenken über dieses und jenes.

Wohl also ein gewisser Kreis von Personen durchaus wünschte, daß Herr v. Hindenburg zum Ehrenbürger von Breslau ernannt wird. Haben Sie, Herr Doktor, bei der zuständigen Stelle in Berlin ein wissenschaftliches Gutachten nach dem bekannten Schema aller Theorien anfertigen lassen, monach Herr v. H. der Rettung von Breslau usw. sein soll. Reicht einer besonderen Vertiefung der Wichtigkeit jener wissenschaftlichen Feststellung. — Folglich und also muß die Sache so schon stimmen, und Herr v. H. wird demnach unter pp. Ehrenbürger. Eins jedoch, Herr Doktor, muß ich Ihnen zu dieser Ehrenbürgerrettungsgeschichte doch noch sagen: wenn nämlich jene selbe Klage etwa behauptet haben würde, Herr v. H. sei der alleinige Verfasser aller jener, einst so berühmten und auch heute noch sehr denkwürdigen Kriegserregungsversammlungen usw. gewesen, und Sie, Herr Doktor, hätten sich eines deshalbigen Gutachtens wegen auch in diesem sehr wichtigen Falle an die „zuständige wissenschaftliche Stelle“ gewandt, so würde letztere natürlich ohne alle Mißrede Ihnen ein solches ebenso freundlich wie gültig im beabsichtigten Sinne ausgefertigt haben; ganz ebenso, wie „es anders mit der beglaubigten Rettungsgeschichte usw.

Nun aber zu jener anderen, meines Erachtens weit wichtigeren Sache; und zwar wichtiger insofern, als es sich hierbei nicht um die Ehrenbürgerrettung einer einzelnen Persönlichkeit, sondern und vielmehr um die Rettung einer großen, zahlreichen Völkergemeinschaft aus einer geradezu ganz ungeheuerlichen und äußerst depressiven Wirtschaftsnote und deren furchtbare Folgen für die große Allgemeinheit aller Stände handelt.

Vor etlichen Tagen hat das Kollegium unserer Stadtveräter sich nun endlich über die berühmte ausländische Millionenanleihe beraten und beschloßen. — Nun aber, Herr Doktor, ich bitte Sie, warum dies erst jetzt vor wenigen Tagen? ... So z. B. im Frühjahr 1924? Damals nämlich, als überall und allerwärts die höchste und wahrhaftigste Rationalisierung aller Zeiten auf dem gesamten Wirtschafts- und Arbeitsmarkt einsetzte, damals, als einem durchaus und grundsätzlichen Personalabbau an jedem grünen Tisch das schändlichste und schäblichste Wort geredet wurde, der dann auch ganz prompt und in den unerhörtesten Formen allüberall einsetzte, damals schon, Herr Doktor, machte ich Ihnen einen schriftlichen Vorschlag wegen einer möglichst großzügigen Millionen-Anleihe. Ich tat dies unter bestmöglicher Schilberung aller der schwerwiegenden Folgen der ganz fürchterlichen, untragbaren Wirtschaftsnote und all des grauen Elends, welche diese „neue Rationalisierung“ ganz folgerichtig und zwangsläufig auslösen mußte. Ich setzte Ihnen darin kurz und bündig auseinander, wie all diesem folgenschweren Elendsgrauen kommenden Wochen und Jahre durch eben jene Anleihe beizukommen für sorgfältig vorgebeugt und abgeköpft werden müßte, soll heißen könnte! —

Und was taten Sie, Herr Doktor? — Sie ließen mich durch einen Ihrer dienstbaren Geister in sehr gültiger Weise benachrichtigen, daß mein diesbezüglicher Vorschlag zwar so weit ganz gut, im übrigen aber ganz unmöglich und völlig unausführbar sei. Also sozusagen eine Utopie, Quäsur! — Seit jener denkwürdigen Stunde für mich weiß über 1200 Tage und Nächte einer Lunterbuntheit und oft sehr tragischen Wirtschaftswelle für die Allgemeinheit verfliegen, verloren gegangen ein vielfach not- und elendschwangerer Strom der härtesten Zeit für Abertausende unserer Volksgenossen.

Und jetzt endlich hat man doch herausgefunden, daß derlei Millionenbaupläne tatsächlich durchzuführen sind und schließlich auch bei uns zur vollen Wirklichkeit werden können, wenn sie uns Breslauern nur erst einmal in möglichst unzähligen Fällen von anderen Gemeinden usw. hübsch vorgemacht werden. Dann trotteln wir auch mal nach. — Herr Doktor, vergehen Sie, bitte, aber das mutet beinahe schon wirklich ganz ebenso an, wie in dem alten Fiede vom Krähwinkel Landsturm!

Das gibt aber auch noch weiter zu denken. Jetzt also ist man auch bei uns in Breslau drauf und dran, in Kürze einen immerhin sehr beschwerden amerikanischen Pump anzunehmen, um die so überaus nötige, gegenreiche, alle und alles beglückende Arbeit zu schaffen und die brachliegende Wirtschaft neu zu beleben. — Warum, lieber Herr Doktor, haben Sie nur zu dieser so ganz taumens wichtigen Frage und Angelegenheit nicht ebenfalls und zwar schon im Frühjahr 1924 ein „wissenschaftliches Gutachten von zuständiger Stelle“ eingeholt? Sie hätten damals schon von vielen praktischen Volkswirtschaftlern — dessen dürfen Sie fest versichert sein — die ehrliche, zuverlässige und angebrachte Zustimmung erhalten in einer Frage, die schließlich gar keine Frage, vielmehr nur ein höchst einfaches Rechengepöpel ist. Ich z. B. rechne folgendermaßen: 25 000 Erwerbslose verursachen — inkl. Verwaltungskosten, Wohlfahrtsamt usw. — einen Kostenaufwand von circa 200 000 Mark pro Woche, ergibt in 52 Wochen, das sind 182 Wochen rund 36 400 000 Mark. Eine Baunanleihe von 50 Millionen Mark zu 10 Prozent bedingt in 52 Jahren eine Zinsenlast von rund 17 1/2 Millionen Mark. 36 400 000 Mark minus 17 1/2 ergibt immer noch ein Plus von 19 Millionen Mark. Dieses Plus hätte voll und ausgereicht, um den Uebergang von der bestehenden, alles übermächtigenden Wirtschaftsmisere, Wohnungsnot usw. zu einer besseren und gesünderen Zeit zu ermöglichen und zu beschleunigen.

Und wie kämben wir in diesem Falle heute da? Allenfalls wohl 100 Prozent besser, als dies tatsächlich der Fall ist, wenn man z. B. diese 50 Millionen als gut tragende Werte im Wohnungsbau angelegt hätte, der doch so nötig ist! Herr Doktor, ich würde Ihnen im Frühjahr 1924 zum Schluß: „Ihr Herren an grünen Tisch, eine großzügige Baunanleihe war, und alles wird gut! Sorgt vor beizeiten, helft euch und dem Volke, dann werden eure Namen klingen und tausendfachen Segen bringen Unzähligen!“ Nun, das Lied ist damals bliern verhallt, ausgeklungen zu einer kummervollen Elendsballade von 1200 Tagen und Nächten voll schaler Bitterkeit mit grauem Einsehen und dem ewigen Refrain von der großen, von der Riesenschleife in Handel und Wandel. Herr Doktor, rechnen Sie, rechnen Sie wenigstens künftig besser! Denn das ist weit wichtiger, als in manchen beglaubigten wissenschaftlichen Gutachten zu Ehren des einen oder anderen.

Das tut — vor allem anderen! — dem Volke not in der Gegenwart. Es wird arbeiten und nicht verzeifeln. Das sind Sie der Allgemeinheit schuldig!

Rachschriß der Redaktion: Wir geben diese interessanten Zeilen natürlich wieder, obwohl sie im zweiten Teile in veränderter Hinsicht daneben stehen. 1924 war hier noch der Kammerer Raitches im Amt, das größte Gemächnis in der ganzen Stadtverwaltung. Er war in jeder Weise unfähig, der Stadt irgendwelche Gelder für produktive Zwecke zu verschaffen.

Vom dem Stadtparlament in Maras.

In unserem Prozeßbericht vom vorigen Freitag wird uns nach geschrieben:

Dem Stadtvater Raitche wurde zur Last gelegt, zu Sidermer gelang zu haben. Halten Sie die Bibel unter die Rede, und dann beim Hinansgehen: Da werden Sie selig hier! Die beiden Behauptungen stehen also in keinem Zusammenhang. Raitche hätte entstehen, die Behauptungen zu geben zu haben. Er gibt zu, in der vorhergehenden Stadtvatervernehmung in Maras gesagt zu haben: „Bitte, nehmen Sie die Bibel zur Hand, verzeihen Sie das Leben Christi mit dem eigenen und lassen Sie eine Parabel.“ Am 6. Dezember, nach unerschöpflichen Ermahnungen und Hinanzweisungen durch Sidermer lag er beim Hinansgehen zu den Juristenbeisitzern. Da werden Sie nur selig heute Abend. — Die acht Zeugen von der Sitzung bezogen die zur Last gelegten Behauptungen. Zehn Zeugen

der Sitzung vom 6. Dezember, von denen sieben im Zuhörerraum als Zuhörer bewohnten, haben nur die Versicherung vom Sidermer gehört, also nichts von der Bibel. Polizeiwachtmeister S a w a t, der auch der vorhergehenden Sitzung vom 4. November beifolgendem beizuwohnen mußte, bezeugte, daß Raitche wohl in der vorhergehenden Sitzung gesagt habe, Sidermer möge sich die Bibel zur Hand nehmen und sein Leben mit dem Leben Christi vergleichen, doch er aber am 6. Dezember von der Bibel nichts gehört habe, wohl aber: „Sie mögen selig werden.“ Den acht Zeugen, die Partei gegen Raitche sind, glaube das Gericht mehr als den zehn Zeugen, die verschiedenen Parteirichtungen angehören, aber alle bezeugen, nichts von der Bibel gehört zu haben, auch nicht mal die Möglichkeit zuzugaben, weil sie es in dem kleinen Raum hätten hören müssen.

Zur Mordtatsache Leja.

Die Belohnung von 1000 Mark auf 3000 Mark erhöht.

In der Mordtatsache Leja sind bisher noch keine neuen Anhaltspunkte gefunden, die zur Ermittlung des Täters führen könnten. Aus dem Publikum sind nur sehr wenig belanglose Mitteilungen eingegangen. Personen, die zweckdienliche Angaben machen können, werden nochmals unter Hinweis auf die erhöhte Belohnung von 3000 Mark gebeten, ihre Wahrnehmungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, der Kriminalpolizei, Schudbrüde 48, Zimmer 6, mitzuteilen. Die ausgefachte Belohnung ist auf Grund ministerieller Verfügung nur für Personen aus dem Publikum, nicht aber für Polizeibeamte bestimmt. Die Verteilung derselben erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges durch den Herrn Regierungspräsidenten.

In Verfolg der Mordtatsache Leja wurde ein 47jähriger wohnungsloser Schmied festgenommen, weil er in dem Verdacht steht, zu der Mordtatsache in irgend welchen Beziehungen zu stehen.

Gewerkschaftshaus-Sichtspiele

Morgen Mittwoch, 5 u. 8 Uhr
Eröffnung mit der Kindertragödie:

Die Unehelichen!

Donnerstag und Freitag, den 29. und 30. September Wiederholungen.
Außerdem: Wochenschau und Kulturprogramm
Erwerbslose bis 5 Uhr nur 25 Pfennig / Sonst Einheitsplatz 50 Pfennig
Für Jugend und Kinder verboten! Arbeiter-Sport-Kartell e. V.

Bei den Vögeln.

Nun ist auch das Vogelhaus des Breslauer Zoologischen Gartens wieder bevölkert, und zwar reich bevölkert, liegt es doch sechshundert exotische Vögel aller Art. Bei einer Besichtigung der Vögel am Sonntagabend zeigten sich all die neuen Ankömmlinge zum Teil noch etwas scheu, und hielten sich möglichst hoch oben in ihren Käfigen auf, aber bald werden sie sich an ihre Umgebung gewöhnt haben. Da sind Vögel groß und klein, mit langen und mit kurzen Schnäbeln, mit Hauben auf dem Kopfe, oder der Schwanz zur langen Schleppe ausgebildet. In allen Farben glänzen und schimmern sie. Da sind große Papageien und da wieder ein Gewimmel von Blausittichen und anderer Tierchen kleinster Art. Fühnerögel, Krähen, Stare aus den verschiedensten Weltteilen. Bänke im Vogelhaus laden den Besucher zu stiller Beobachtung ein. Aber auch die Sammlung einheimischer Vögel im freien Lohr der Betrachtung. Wer hat schon einen Kuckuck ganz aus der Nähe gesehen? Wer eine Rothdornmel, einen Aueibis und die vielen anderen meist nur dem Namen nach bekannten Bewohner unserer heimischen Wälder und Fluren. Nun ist beabsichtigt, in Breslau auch noch ein Aquarium einzurichten, worauf wir über eine Schau- und Studienanstalt im Osten verfügen werden, die weit und breit einen großen Ruf besitzen wird.

Christliche Prozeßvertretung vor dem Arbeitsgericht.

Welch sonderbare, der bürgerlichen Ideologie aber entsprechende Auffassung im Lager der christlich-nationalen Verbände vorhanden ist, zeigte kürzlich eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht.
Ein Schneidermeister war von einer bei ihm beschäftigt gewesenen Näherin auf Entschädigung wegen Nichtherausgabe der Papiere verklagt worden. Dieser fünfzigjährige Schneidermeister ließ sich deshalb durch den Gewerkschaftssekretär (!) Köffler von den christlichen Gewerkschaften vertreten, der es auch mit Schneid und Routine eines mit allen Salben geschmierten Syndikus verband, die Interessen des Herrn Arbeitgebers wahrzunehmen. Daß die Klage abgewiesen wurde, lag allerdings nicht an der juristischen Trübseligkeit dieser Frau, sondern an einer an sich formalen Nachlässigkeit der Klägerin.
Aus dem Verhandlungsgang war festzustellen, daß dieser Vertreter der christlich-nationalen Gewerkschaften der Klägerin regelrecht nachspionierte, um vor dem Arbeitsgericht über Beweismaterial zu verfügen. Ob dieses typische Verhalten des Köffler, den Arbeitgeber gegen den Arbeitnehmer zu vertreten, bei einer freien Gewerkschaft möglich wäre, kann dem gesunden Urteil der freigeorganierten Arbeiterkraft überlassen bleiben.

Verfallene Landwäiter.

Trotz der ungeheuren hohen Preise für Butter ist diese noch nicht einmal immer von einwandfreier Beschaffenheit, wie eine Verhandlung am Montag vor dem Einzelrichter zeigte. Durch eine anonyme Anzeige bei der Polizei war diese Sache hingewiesen worden, daß die Butterhändler Anna Beyer auf der Holsteiner Landwäiter verbannte, die verfallene sei. Als dann ein Beamter bei Frau B. erschien, um Butterproben zu entnehmen, zeigte sie auf ein Quantum Butter, das auf dem Ladentisch stand und erklärte, noch keine Butter im Geschäft zu haben. Der Beamte sah sich aber im Laden noch näher um und fand dabei noch eine größere Menge Butter, von der er ebenfalls eine Probe entnahm. Die chemische Untersuchung ergab, daß der Butter, die der Beamte aus dem Bestand hervorgeholt hatte, und die von Frau Beyer als Landwäiter verkauft wurde, 20 bis 25 Prozent Margarine beigemischt war. Vor Gericht machte Frau B. recht mysteriöse Angaben über die Herkunft der beschriebenen Butter. Sie hätte sie von einem Unbekannten gekauft und nachdem Anzeige gegen sie gemacht worden war, habe sie einen anonymen Brief bekommen, daß sie das Gut veräußern möge. Der Richter war aber, ebenso wie der Amtsanwalt, der Überzeugung, daß hier willentliches Betrüben gegen das Nahrungsmittelegetz vorliege. Das zeigte das Verhalten der Angeklagten dem Beamten gegenüber. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 100 Mark Geldstrafe beantragt.

Ein junger Eitelkeitsverbrecher.

Nach Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Große erweiterte Schöffengericht am Montag gegen den 18 Jahre alten Arbeiter Arthur Borch, der aus der Unterhauptsache verurteilt wurde, und dem die Verklagte Eitelkeitsverbrechen an einem 6 Jahre alten Mädchen vorwarf. Das Urteil gegen ihn lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Liebe Eltern im Streifenort und Süden!

In den letzten Tagen geht der Kampf um die Schule der Zukunft mit besonderer Schärfe. Dadurch wird das Interesse an Erziehungsfragen in der Öffentlichkeit vergrößert. Aber leider viel zu wenig organisierte Eltern erkennen die Wichtigkeit einer neuen Erziehung, wollen nicht einsehen, daß sozialistische Erziehung ein Klassenkampfsmittel ist, wie es erfolgreich gar nicht sein kann, weil die Kinder unserer Klasse zu wirklichen Überzeugungsanstrengungen opferbereiten Menschen erzogen werden, die alles daran setzen, am die Ideale der bedrückten leidenden Arbeiterklasse zu verwirklichen. Die Kinder müssen im Geiste der Zukunft erzogen werden, wenn sie sich aufricht, geistig und sittlich kräftig im Lebenskampf durchsetzen sollen. Die Arbeiterklasse hat leider noch nicht die Gefahren der bürgerlich-kapitalistischen Beeinflussung der Seelen und Herzen unserer Kinder erkannt, die durch Klischee und Schmeichelei jahrhundertlang zerbissen betrieblen wurde. Aber, liebe Eltern, wir müssen die Erziehung unserer Kinder nicht mehr den Bürgerlichen überlassen, sondern sie selbst mehr pflegen und fördern. Deshalb erscheint Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, recht zahlreich in der S. V. Barade an den Tschakern. Genosse Simmel spricht über die „Gemeinschaftserziehung in der Familie“. Kommt, halt auch die Kraft und den starken Willen, die Erziehung in unserem sozialistischen Geiste selbst in die Hand zu nehmen.

Der Arbeiterdichter Max Barthele

ist Mittwoch, den 5. Oktober, bestimmt in Breslau und liest im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses abends 8 Uhr aus seinen Werken vor. Die Arbeiterschaft von Breslau wird aufgefordert, den ersten Bildungabend des Arbeiter-Bildungsausschusses zahlreich zu besuchen. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Karten sind im Vorverkauf zu haben im Gewerkschaftshaus bei folgenden Verbänden: Angestellten-Verband, Zimmer 50; Arbeiter-Jugend, Zimmer 43a; Bekleidungsarbeiter-Verband, Zimmer 68/68; Bibliothek, Zimmer 69; Brauer-Verband, Zimmer 28; Buchbinder-Verband, Zimmer 85; Buchdrucker-Verband, Zimmer 40-43; Eisenbahner-Verband, Zimmer 67/68; Holzarbeiter-Verband, Zimmer 60 bis 63; Metallarbeiter-Verband, Zimmer 17; Textilarbeiter-Verband, Zimmer 57; Schuhmacher-Verband, Zimmer 128/129; Dreherei-Verband, Zimmer 109-115; Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband, Zimmer 127; Maler-Verband, Zimmer 64; Steinbruder-Verband, Zimmer 85; Jutarbeiter-Verband, Zimmer 81/82. Außerdem diesen Vorverkaufsstellen sind wieder einige Betriebs-Vertrauensleute gewonnen, die Karten direkt im Betriebe verkaufen. Desgleichen übernimmt der Genosse S a w a t, Konjumlager Mathiasstraße, die „Volkswacht“-Buchhandlungen Taschenlager und Neugruppenstraße, sowie das Volksbildungsamt, Albrechtstraße, den Vorverkauf. Wir bitten, bei allen Veranstaltungen des Arbeiters-Bildungsausschusses Eintrittskarten bei den hier bezeichneten Stellen zu entnehmen.

Sportwoche der Schutzpolizei.

Vor vollständig ausverkauftem Hause fand am gestrigen Sonntag die Sportwoche der Breslauer Schutzpolizei im Weltat eines Hallenfestes in der Jahrhunderthalle ihren Abschluß. Diese letzte Veranstaltung, die ein interessantes, abwechslungsreiches Programm mit sportlichen und beruflichen Darbietungen aufwies, fand den ungeteilten Beifall der nach Tausenden zählenden Zuschauermenge und dürfte zu dem beabsichtigten Zweck der Sportwoche, die Polizei mit der Bevölkerung in freundschaftlicherer Fühlung zu bringen, immerhin beigetragen haben.

Ein Einmach der Teilnehmer in den Innenraum der Halle eröffnete die Veranstaltung. Zwei Vereinskraften im Sportdress mit dem kleidamen Polizeiadler auf der Brust, zeigten gut eingetübte Freiwüchsen, denen ein Sportspringen auf ungelasteten Füßen, Turnen an Gitterleiter, Reck und Barren in buntem Wechsel folgten. Eine Vorführung der Polizeihunde, die sich in Freiwüchsen, im Springen über Heden und einen drei Meter hohen Zaun produzierten, zeigte, welche intensive Ausbildung die Tiere erhalten haben. Daß auch sogar die Hunde einen Stufenlauf auszuführen vermögen, mag vielen der Besucher etwas Neues gewesen sein. Ein Hindernislauf der Einzeldienstbeamten, bei welchem komplett ausgerüstete Schupps alle möglichen Hindernisse, sogar einen künstlich hergerichteten Wassergraben zu überwinden hatten, fand ebenfalls den besten Beifall, wie eine Vertheilung, bei welcher die Selbstverteidigung mit Jiu Jitsu-Griffen und der auf den Mann bestreikten Hunde vorgeführt wurden. Welchen Gipfel die Vertheilung zu erreichen vermag, zeigte ein Schorjamspringen, bei welchem die Tiere über ein mit einer Suppe belegtes Bett und einen gedeckten Tisch, an dem mehrere Personen saßen, zu springen hatten. Ebenjowentig scheuten sie über eine in Brand gesteckte Fährde hinwegzugehen, welches Kunststück auch die Hunde ausführten, die sich allerdings teilweise ein wenig sträubten. Tanzschießen zwischen einer Polizei- und einer Feuerwehmannschaft, wechselte mit einer Reiterquadritelle der Berittenen-Inspektion ab. Schöner Reiter in den Trachten der friderizianischen Ordnungshüter, der Polizisten zur Zeit der Befreiungskriege, der bärtigen Wortführerblauen und der heutigen Schupo, boten ein farbenfrohes Bild. Zum Schluß der Veranstaltung, die wiederum von der Kapelle der Schutzpolizei musikalisch umrahmt wurde, bot eine Alarmübung Einblick in die Tätigkeit von Polizei und Feuerwehr. Während auf einer Seite des Innenraumes je eine Polizei- und eine Feuerwehmannschaft improvisiert wurden, in denen die Beamten auf Lagerstätten ruhten, begann auf der anderen Seite in einer Hausatrasse ein Feuer auszubrechen. Ein Alarm rief nun die beiden gegenseitigen Eingrichtungen auf den Plan und während die Feuerwehr von im brennenden Hause Befährdeten den rettenden Sprung ins Sprungtuch ermöglichen und Schlauchleitungen legte, setzte sich die Schupo, wie wir es aus dem täglichen Leben kennen, mit vier, diesmal allerdings ebenfalls bestellten Neugertigenmenge auseinander, die sich um das Haus zu drängen begann. Diese letzte Vorbereitung führte den Zuschauern einmal vor Augen, daß die Schupo nicht immer aus Freude an Reibereien mit der Bevölkerung Sicherheitsmaßnahmen durchführt, bei denen sich im Ernstfälle oftmals mancher zu rigores behandelt glaubt, sondern daß es lediglich im Interesse der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit geschieht. Daß die Schupo auch anderes kann, bewiesen am allerbesten die fünf Beamten, die als Clowns verkleidet, die ganze Veranstaltung mit wahrhaft sprühendem Humor ausfüllten und wirklich Zweifel aufkommen ließen, in ihnen Schutzpolizisten zu vermischen.

Anschließend an das Hallenfest fand im Messehof ein gut besuchter Ball statt, während welchem Polizeipräsident Kleihömer noch einer kurzen Ansprache mit dem Kommandeur der Breslauer Schutzpolizei, Oberst Cronau, die Preisverteilung und Bräutierung der aus den Wettkämpfen der Sportwoche hervorgegangenen Sieger vornahm.

Bei den Hundevorführungen gingen als Preissträger hervor: 1. Wachtmeister Geisler, Revier 28, mit „Asto von der Schönbühler Aue“; 2. Oberwachmeister Reiman, Revier 12, mit „Alice von der Wagnerhöhe“; 3. Hauptwachmeister Jurkowski, Revier 25, mit „Daus vom Hilsgraben“. Turnen: 1. Wachtmeister Suchla, 1. Bereitschaft; 2. Oberwachmeister Wolf, Revier 2; 3. Wachtmeister Paul, 1. Bereitschaft. Tausend Schuppsitzler und Feuerwehr: Sinae Schutzpolizei. Hindernislauf der Einzeldienstbeamten: 1. Oberwachmeister Erdmann, Revier 17; 2. Oberwachmeister Gänke, Revier 1; 3. Oberwachmeister Schostag, Revier 18.

Gilberthofzeit feiert heute der Klompner August Joneba, Kugelhstraße 148, mit seiner Frau Hedwig, geb. Urban. Die „Volkswacht“ ist während der ganzen Dauer der Ehe in der Familie. Wir gratulieren herzlich!

Auf der Chaussee verunglückt. Eine Gehirnerkältung und einen Schädelbruch erlitt gestern morgen der Schlosser Reinhold Krause, Ofener Straße 118, bei einem Sturz vom Rade, als er von Breslau nach Radwanitz fuhr. Ein unbekannter Kraftwagen fuhr den Verletzten auf der Landstraße und nahm ihn mit nach Breslau, wo er ihn ins Krankenhaus Neuhäuser einbrachte.

Unwetterkatastrophe in den Alpen.

Große Teile der Schweiz und des südlichen Tirols werden seit Sonntag von gewaltigem Hochwasser heimgesucht, das eine Folge des wolkenbruchartigen Regens ist, der seit 36 Stunden ununterbrochen niederfällt. Ganz besonders schwer betroffen sind die Kantone Tessin und Graubünden. Graubünden hat seit dem Jahre 1864 eine Unwetterkatastrophe dieses Ausmaßes nicht mehr erlebt. Durch die hochgehenden Fluten, vor allem des oberen Rheins, ist ungeheurer Schaden angerichtet worden. In dem Städtchen Buchs an der Lichtensteinsch-Astererischen Grenze erreichte der Rhein bereits am Sonntag vormittag eine Höhe von neun Metern. Abends gegen 7 Uhr stürzte die Rheinbrücke zwischen Buchs und Schaan zusammen, wodurch die Hauptverbindung über den Rhein zerstört wurde. Kurz nach dem Einsturz der Brücke riß auch der Rhein-Damm auf der Lichtensteinschen Seite. Durch eine Lücke, die innerhalb kurzer Zeit sich auf 200 Meter erweiterte, wälzten sich ungeheure Fluten in das Gebiet von Lichtenstein. Der Rhein sank infolge des Dammbruchs um zwei Meter. Die Fluten untergruben den Bahndamm der Bundesbahn, so daß der internationale Verkehr zum Arlberg unterbrochen wurde und über St. Gallen-Bregenz umgeleitet werden muß. Ein Bahnwärterhaus wurde von den Fluten weggerissen. Die in dieser Gegend stehenden Häuser von Schaan stehen unter Wasser. Der Bahnhofsleiter von Schaan ist ertrunken, auch seine Frau wird vermißt. Mehrere Feuerwehrleute aus Lichtenstein, die dem Wasser Einhalt zu gebieten und die Rheinbrücken zu schützen suchten, scheinen den Tod in den Fluten gefunden zu haben. Gewaltig sind auch die Verheerungen des Hochwassers im Bordenerrheintal, da sämtliche Bäche und Flüsse Graubündens ungeheures Hochwasser zu Tal wälzen. In Tavanaja wurde eine neue Betonbrücke und eine Mühle fortgerissen. In einem Haus, das in den Rhein stürzte, befanden sich acht Personen, die den Tod fanden. Auch in Ringgenberg wurde die Rheinbrücke zerstört und das Dorf selbst durch eine Sturzwehle überflutet, die Bevölkerung mußte den Ort verlassen. Auch der untere Teil des Dorfes Bals steht unter Wasser. In Wallensburg wurde die Brücke zum Bahnhof durch eine Steinlawine zertrümmert, ein Fortkäufer ist in den Fluten ertrunken, sein Begleiter wurde schwer verwundet. In Trimmich hat ebenfalls eine Steinlawine, die von einer Flutwelle ausgelöst wurde, die Staatsstraße in einer Länge von über 100 Metern zerstört. Im Prätiggau riß der Damm der Talperre des Schraubachtals, so daß die Gemeinde Schiers schwer bedroht ist. Die Orlegna hat sich mit gewaltigen Geröllmassen über die Gemeinde Casaccia ergossen, so daß die von St. Moritz herbeigeschickte Feuerwehr die größte Mühe hatte, die Bevölkerung in Sicherheit zu bringen. Die rätische Bahn ist an drei Stellen unterbrochen, vor einem Tunnel wurde das Gleis weggerissen und die Wasserfluten ergossen sich drei Meter hoch durch den Tunnel. Auch der Betrieb auf der Straße Chur-Arosa mußte eingestellt werden. Die Fernsprecheinrichtungen sind zum größten Teil ebenfalls zerstört. Das Gebiet um Sargans ist in einen See verwandelt. Der Bodensee ist unter dem gewaltigen Zustuß des Hochwassers rasch gestiegen.

Im Kanton Tessin, wo es ebenfalls zwei Tage ununterbrochen regnete, sind auch sämtliche Flüsse und Bäche über die Ufer getreten. Die Gotthardlinie war bei Cassione so hoch überflutet, daß der Verkehr schwer bedroht war. Die Gotthardstraße selbst ist durch die Ueberschwemmungen mehrfach unterbrochen. Die Niederschläge im südlichen Tessin erreichten bis zu 50 Millimeter Regenhöhe. Am Gotthard und im oberen Tessin ergossen sich stundenlang die schwersten Wolkendrücke. Auf dem Luganer See herrschte ein schwerer Sturm, dem in der Nacht zum Sonntag der Dampfer „Licio“ im Hafen von Lugano zum Opfer fiel. Das 500 Personen fassende Schiff wurde von seiner Verankerung losgerissen und umgelegt, so daß es voll Wasser lief und sank. Die Mannschaft konnte gerettet werden, von dem Dampfer ist nichts mehr zu sehen als Bestückungsstücke, die auf dem vom Sturm gepeinigten See schwammen.

Ungeheuer sind auch die Verheerungen des Hochwassers in Südtirol. Infolge der starken Regengüsse ist die Eisack über die Ufer getreten und hat die Brennerbahn zwischen Franzensfeste und Gossensack in einer Länge von über 300 Metern überschwemmt und die Gleise untergraben. Am Sonntagabend um neun 1/2 Uhr mußte der Bahndienst eingestellt werden; auch die telegraphischen und telephonischen Verbindungen sind vollständig unterbrochen. Am Sonntagabend versuchte ein Hilfszug aus Trient in das Unglücksgebiet vorzudringen. Er bestand aus einer Lokomotive und einem Gepäckwagen und war von einem Eisenbahningenieur und elf Arbeitern besetzt. Bereits eine halbe Stunde später waren Lokomotive und Wagen in die Eisack abgestürzt. Zwei Personen konnten sich retten, die übrigen wurden vom Hochwasser fortgerissen und sind er-

trunken. In einer anderen Stelle wurde die Leiche eines Bahnarbeiters gefunden, der ebenfalls auf seinem Dienstreise dem Hochwasser zum Opfer gefallen ist. Ein Haus wurde von den Fluten weggerissen, wobei ein Kind ertrunken ist. In das Ueberschwemmungsgebiet sind Truppen entsandt worden, ein Soldat ist ums Leben gekommen. Große Verheerungen sind auch im oberen Friaul angerichtet worden. In Moggi ereigneten sich gewaltige Erdstöße, durch die die Straße und die Eisenbahnlinie auf 500 Meter verschüttet wurden. In Sondrio, dem Hauptort des Veltlin, hat der Fluß Maffero den Damm durchbrochen und die Brücke der Staatsstraße weggeschwemmt. Der untere Teil der Stadt wurde unter Wasser gesetzt. Mehrere Häuser, darunter das große Gebäude der Provinzialverwaltung, sind eingestürzt. Die Bevölkerung, die ohne Licht ist, mußte die Nacht vom Sonntag zum Montag im Freien verbringen. Die Stillfriesstraße ist verschüttet.

Auch Teile der Westschweiz, vor allem die Gegend von Genf und die anschließenden Teile von Hochsavoyen, haben stark unter dem Hochwasser gelitten. Die Arve schwoll innerhalb kurzer Zeit so gewaltig an, daß das 2 1/2 Meter hohe Wehr von Etrambieres den Fluten nicht mehr Einhalt gebieten konnte.

Das Hochwasser der Alpen hat auch den südlichen Teil Bayerns in Mitleidenschaft gezogen. Die Gebirgsflüsse Ober-Isar und Schwabens führen alle Hochwasser, das bei Mering einen Stand erreicht hat, wie er seit bald 50 Jahren beim Lech nicht mehr beobachtet wurde.

Überall großes Hochwasser.

Die Gebirgsflüsse Bayerns haben am Montag einen Hochwasserstand erreicht, wie er seit den 80er Jahren nicht mehr beobachtet worden ist. Vor allem führen Hochwasser Inn, Isar, Lech, Obermain und die obere und untere Altmühl, die Rab und die Regnitz.

Vom Ober-Rhein wird ebenfalls starkes Steigen des Flusses gemeldet. Der Pegel von Konstanz ist seit gestern um 40 Zentimeter gestiegen und zeigte am Montag einen Stand von 4,82 Meter. Auch aus dem Gebiet der Mosel wird ein erhebliches Steigen der Wassermengen gemeldet.

Die Wetterkatastrophe in der Schweiz hat nach den bisherigen Feststellungen bereits neun Todesopfer gefordert. Der angerichtete Sachschaden durch Dammrutsche und Ueberschwemmungen, der hauptsächlich vom Rhein und Tessin verursacht wurde, ist außerordentlich hoch. Im Kanton Graubünden sind infolge des Hochwassers ganze Talchaften abgeschnitten und viele Häuser und Brücken zerstört.

Vom Bodensee wird seit Montag ebenfalls eine rasche Steigerung des Wassers gemeldet.

Martertod des 3 jährigen Günther Rubsch

Unter der Anklage der fortgesetzten grausamen Mißhandlung mit Todesausgang, begangen an ihrem eigenen leiblichen Kinde, dem 3 1/2 Jahre alt gewordenen Günther, hatte sich gestern die Ehefrau Elise Rubsch vor dem Schwurgericht Berlin zu verantworten, und mit ihr wegen Beihilfe der Vater des Kindes, der Kraftwagenführer Alfred Rubsch. Nach dem Anlagematerial, das sich vorwiegend auf die Aussagen von mehr als 20 Hausbewohnern und Nachbarn stützt, handelt es sich um einen der grausamsten Fälle der Kindermißhandlung, die je die Gerichte beschäftigt haben. Am 14. Mai dieses Jahres, abends, wurde von dem Vater Rubsch ein Arzt gerufen, der die sofortige Ueberführung des bewußtlosen Kindes ins Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Schöneberg veranlaßte. Dort ist das Kind, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, noch in derselben Nacht gestorben. Die Obduktion der Leiche ergab ein schreckenerregendes Bild. Der ganze Körper des Kindes war mit blutunterlaufenen Striemen, blauen und roten Flecken übersät. Auffällig war, daß das verstorbene Kind als einziges Familienmitglied in der Sterbekasse verhiert war.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde die Verhandlung vertagt, da der Haupttäter, der Gerichtsarzt Professor Fränkel, augenblicklich in Urlaub ist und dieser nach den Angaben des Rechtsanwaltes, worauf sich auch die Anklage wegen Körperverletzung mit Todesausgang stützt, bestimmt die Körperverletzung in Zusammenhang mit dem Tode gebracht hat. In der nächsten Verhandlung soll Professor Fränkel geladen werden.

Eine deutsche Frau.

Und ihr Verhängnis.

Vor dem Reichsgericht hatte sich die 20 Jahre alte Statistin Irma Ebert wegen Verhinderung der Reichsgerichte und Beleidigung zu verantworten. Sie hatte den Arbeiter Bernick, der an seinem Knie ein schwarzes goldenes Kreuz besaß, als „Schwarz-Rot-Moskitch-Mann“ bezeichnet. Irma Ebert verurteilte sie damit — und

sie brachte sogar Zeugen, die das bestätigen sollten —, Moskitchmann sei ihr Lieblingsausdruck, wenn sie einen Mann in gelbem Trikot sehe. Aber Bernick trug an dem Tage gar kein Trikot. Der Vorsitzende hielt ihr vor:

„Gerade wo jetzt die Klagenfrage im Brennpunkt aller Fragen steht, sollten Sie nicht wissen, was mit dem Wort Moskitchmann gemeint ist?“

Angeklagte (sehr schnippisch und arrogant): „Frauen kümmern sich doch nicht um Politik.“

Vorsitzender: „Lesen Sie denn keine Tagespresse?“

Angeklagte: „Nur die Romane, Kunst und Kochen haben für mich Interesse, sonst nichts. Ich bin eine deutsche Frau, weiter nichts.“

Der Anklagenvertreter beantragte 5 Tage Gefängnis. Das Reich könne zwar nicht verlangen, daß man seine Farben liebt, aber äußere Achtung vor seinen Farben müsse es verlangen. Das Gericht verneinte aus rechtlichen Gründen die Verantwortlichkeit der Angeklagten, die nach dem Republikstufgesetz zur Strafbarkeit nötig ist, und verurteilte diese deutsche Frau wegen Beleidigung Bernicks zu nur 100 Mark Geldstrafe. Irma Ebert will aber lieber zehn Tage sitzen, als 100 Mark zahlen.

Feuer in der Staatsoper.

In der Berliner Staatsoper unter den Linden geriet Montag vormittag ein Stapel Holzwole in Brand. Das Feuer wurde durch die Feuerwehr sofort gelöscht. Der Brandschaden ist gering.

Ausgabe falscher Zweimarkstücke.

Bei der Herausgabe von falschen Zweimarkstücken wurde in Jüterbog der 25 Jahre alte Mechaniker Otto Kollé und seine Braut, eine 30 Jahre alte Grete Baller, festgenommen. Das Paar hielt sich seit einigen Tagen in der kleinen Stadt auf und behielt noch 47 falsche Zweimarkstücke. Einige Zwei- und Einmarkstücke hatte es bereits ausgeben.

Ermittlung des Fogen Wählers.

Der seit langem vermißte Page Kurt Wählich und sein angeblicher Vater, der Artist Wenzel, wurden aufgrund der Ausschreiben der hiesigen Kriminalpolizei in Düsseldorf ermittelt und festgenommen. Der Junge wird von seiner Mutter aus Düsseldorf abgeholt.

Zuchthaus für einen Briefdiebstahl.

Das erweiterte Schöffengericht in Weimar verurteilte den Postbeamten Dehler, der auf dem hiesigen Postamt im Februar 1927 einen eingeschriebenen Brief, der 1925 besetzt enthielt, entwendet und nach Vornahme entsprechender Fälschungen einen anderen Brief einschmuggelte, zu einem Jahre Zuchthaus. Seine Frau wurde wegen Mithäuferschaft zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, erhielt jedoch Bewährungsfrist zugesprochen.

Die spinale Kinderlähmung in Sachsen.

Infolge eines Falles von spinaler Kinderlähmung in Krossen ist auf Anordnung des Bezirksarztes eine Elementarklasse der hiesigen Bürgerschule geschlossen worden. Auch in Nischwitz ist ein Fall von Kinderlähmung aufgetreten. Im benachbarten Zschach ist eine 14 Jahre alte Hauswirtschafterin der Krankheit erlegen.

Polizeiliches Einschreiten

gegen eine neue Geschäftsgründung Keils.

Arthur Keil, dessen Westbüro nach dem Mutter Kante in der Inflationszeit großes Aufsehen erregte, und der wegen Betruges eine längere Freiheitsstrafe erhalten hatte, gründete vor kurzem die Standard-Handelsgesellschaft und versprach für die Einlage von Kapitalien von 100 Mark an riesige Dividendenzahlungen. Den Teilhabern der Gesellschaft sollen 12 1/2 Prozent Dividende pro Woche gezahlt werden sein. Nunmehr hat die Kriminalpolizei gegen Keil ein Verfahren eingeleitet. Sie wird nachprüfen, ob die Anschuldigung, daß Keil auch in diesem Falle wieder die Dividenden aus den eingezahlten Kapitaleinlagen bestreitet, richtig ist.

Keine Kinderlähmungs-Epidemie in Königsberg.

Gegenüber zahlreichen Gerüchten von einem epidemischen Auftreten der spinalen Kinderlähmung in Königsberg wird vom Regierungspräsidenten mitgeteilt, daß seit dem 1. August 1927 lediglich sechs Fälle spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen sind, von denen einer tödlich verlaufen ist.

Schwere Autounfälle in Oesterreich.

Nach einer Tagung in Langenlois in Nieder-Oesterreich verunglückte ein Kraftautomobil mit 37 Personen in einer Kurve in der Nähe von Gogelsberg. Das Auto stürzte um, der Chauffeur, seine Frau und ein Passagier waren sofort tot. Drei Passagiere wurden schwer, die übrigen leicht verletzt. Ein zweiter schwerer Autounfall ereignete sich in der Nähe von Wien-Neufeld. Ein Feuerwehrautomobil, das von seiner Übung zurückkehrte, kippte um. Alle Feuerwehrleute wurden mehr oder minder schwer, zwei davon lebensgefährlich verletzt.

Taifunkatastrophe in China.

Die Stadt Jungkong an der Mündung des gleichnamigen Flusses, etwa 200 Kilometer südwestlich von Hongkong gelegen, ist durch einen schweren Taifun, verbunden mit einer furchtbaren Finsternis, nahezu völlig zerstört worden. 5000 Menschen sollen den Tod gefunden haben, 20 000 Häuser zerstört und etwa 400 See- und Luftfahrzeuge gesunken sein.

Bilder vom Flugzeugunglück bei Coblenz.

In die Stätte des verhängnisvollen Absturzes des Flugzeuges Berlin-Wandern führen unsere heutigen Bilder. Das Bild a) zeigt rechts die zertrümmerte Tragfläche, dahinter das Schwanzende des Flugzeuges, links das Fahrgestell und dahinter die zweite Tragfläche, die vorher von dem Flugzeug abbrach und ein Stück entfernt zur Erde fiel. Im Bild b) sieht man die Ueberreste des Motors, der sich beim Sturz tief in die Erde einschob. In der Mitte das Porträt des Flugzeugführers Charlett.

Aus Schlefien.

Gegen den Marxismus!

Der Kenner der Arbeiter des Reichsabinetts spricht von unbedenklichen Größen.

Vor den evangelischen Arbeitervereinen in Gleiwitz sprach nach einer WTS-Melbung am Montag abend der Reichsverkehrsminister Dr. Koch. Er wandte sich u. a. gegen den Marxismus und dessen Auswirkungen. An der Tribüne Deutschlands an das Ausland, so führte der Minister etwa aus, und an der Tatsache, daß immer noch fremde Truppen im deutschen Gebiete stehen, ist zu erkennen, daß noch viele Schäden der letzten Vergangenheit wegzuräumen sind, um den Weg freizuhalten für den Aufbau in Deutschland. Derjenige, der sich zum Klassenkampf und Klassenkampf (!) bekennet, hat das Recht verwirrt, von einem nationalen Staat zu reden, denn dieser umfaßt alle Stände und alle Schichten. Die evangelischen Arbeitervereine sind sich darüber klar, daß Gegenstände zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehen, die schwer überbrückbar sind. Aber sie sagen sich, daß in diesem Kampfe das Bewußtsein vorhanden sein muß, daß alle zueinander gehören als Deutsche und als Menschen. Der Marxismus hat bewiesen, daß er nicht imstande ist, aus der Not herauszuführen. Durch die Forderung der schnellen und durchgreifenden Nationalisierung hat er ein Erwerbslosenheer geschaffen. Er hat vergessen, daß in den Produktionsprozess auch der Mensch gehört. Sozialpolitik kann nicht ohne Staats- und insbesondere nicht ohne Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Sie kann auch nicht ohne Rücksicht auf die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands betrieben werden. Die evangelischen Arbeitervereine sind zusammen geschlossen in einer großen Idee: Persönlichkeiten müssen geschaffen werden und jeder hat seine Pflicht als Staatsbürger zu erfüllen.

Oberhöfsten mit seiner von Schnaps und nationaler Phrasen vergifteten Atmosphäre mit seiner noch größtenteils jenseits des Klassenbewußtseins lebenden Arbeiterschaft, dürfte wohl die einzige Gegend Deutschlands sein, in der man, ohne sich unmöglich zu machen, solchen Koffi aufhängen darf. Auch im übrigen Deutschland sind die Begriffe von Marxismus in den christlichen nationalen Arbeiterverbänden oft recht wunderbar, stets von einem Nichtverstehenkönnen erfüllt, das die Voraussetzung des bürgerlichen Empfindens in der Arbeiterklasse ist. Aber der marxistische, wissenschaftlich begründeten Betrachtung vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der kapitalistischen Welt — die Rationalisierung und damit die, derzeit abnehmende, Erwerbslosigkeit in die Schuhe zu schieben, ist ein Blödsinn, den sich ernsthaftige Gegner unserer Auffassungen ebenso ersparen, wie das alle Märchen vom Klassenhaß, den wir nie gepredigt haben, den über der Bürgerbiode deutlich praktiziert.

Im Uebrigen sind wir gerne davon überzeugt, daß Herr Koch sich als „Mensch und als Deutscher“ dem deutschen Unternehmer ebenso nahe fühlt, wie seinen spärlichen Gefolgsmännern in den evangelischen Arbeitervereinen.

Die Lohnverhandlungen im Waldenburger Bergbau verlagert.

Die angelegten Lohnverhandlungen, die in der Lohnstreikfrage für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau unter dem Vorsitz des Schlichters für die Provinz Niederschlesien stattfinden sollte, wurde auf Freitag, den 30. September, verlagert. Die Grubenverwaltungen hatten beantragt, die Lohnverhandlungen bis zur vollendeten Zusammenlegung der Werke zurückzustellen. Dem wurde nicht stattgegeben, die Verlegung geschah lediglich aus dem Grunde, weil das Reichswirtschaftsministerium die Nachprüfung der Selbstkosten auf den Werken noch nicht durchgeführt hat. Bis kommenden Freitag soll das geschehen sein.

Winterschonzeit der Forellengewässer in Niederschlesien.

Die diesjährige Winterschonzeit erstreckt sich in der Provinz Niederschlesien auf die Zeit vom 18. Oktober bis einschließl. 10. Dezember. Der Fang von Forellen ist im Regierungsbezirk Breslau in den nichtgeschlossenen Gewässern der Kreise Frankenstein, Glas, Habelschwerdt, Müllersberg, Neuzode, Nimpsch, Reichenbach, Schweidnitz, Strehlen und Waldenburg und des Regierungsbezirks Liegnitz verboten.

Bezirksübung der Arbeiter-Samariter.

Trotz ungünstigen Wetters veranstalteten die Arbeiter-Samariter des Bezirkes Breslau am Sonntag eine Bezirksübung in Bernstadt. In der Niederlage der Lorgauer Malsfabrik Lorgama war ein Explosionsunglück angenommen worden, bei welchem 24 im Betriebe Beschäftigte mehr oder weniger zu Schaden gekommen waren. Zur Durchführung dieses Übungsplanes waren in allen Räumen der Fabrik Buchen und Nadeln als markierte Opfer ausgelegt, denen man Zettel mit der Angabe der erlittenen Verletzung angeheftet hatte. Durch einen Radfahrer wurden die am Bahnhof angekommenen Samariter alarmiert und nach kurzer Zeit erschien die über 100 Mann starke Truppe, Kolonnen Breslau, Brieg, Dels, Ohlau, Stabelwitz, Neukirch, Kamslau und Bernstadt, auf dem Fabrikgelände. Da auch eine Zerstörung der Treppen im Innern des Gebäudes angenommen worden war, gestaltete sich der Herustransport aus dem Fabrikgebäude zu einem interessanten Schauspiel für die zahlreichen Zuschauer. Vom Dach des Kesselhauses, das durch ein Fenster des Hauptgebäudes zugänglich war, wurden die teilweise notdürftig verbundenen Arbeiterinnen und Arbeiter in Transportkästen an Stricken heruntergelassen und auf Tragbahnen, die zum Teil auf Fahrräder montiert waren, abtransportiert.

Der Tanzsaal des Gasthauses „Zum Turnvater Jahn“ war inzwischen von der ebenfalls sehr zahlreichen Gruppe der Samariterinnen in einen Hauptverbandspokal verwandelt worden. An mehreren Tischen arbeiteten Frauenhände, um den Opfern der Katastrophe die erste Hilfe juteil werden zu lassen. Nach einer Stunde war die Bergung und erste Verlegung der Verunglückten beendet, die nun auf mit Decken eingehüllte Strohlager gebettet lagen und der zur Befähigung eingeladenen Jagdhermengen anschaulich machen sollte, welcher Kenntnisse es bedarf, um seinen Mitmenschen im Notfälle helfen zu können. Interessiert betrachteten die Zuschauer den in ein Hilfsagarett verwandelten Tanzsaal. Die verschiedensten Knochenbrüche, blutenden Wunden, Aderverletzungen, Verbrennungen, Vergiftungen waren markiert worden, um die beteiligten Samariter auf ihr Können, Umsichtigkeit, Geschicklichkeit Geistesgegenwart und Sicherheit zu prüfen.

Anschließend an vorgenannte Wiederbelebungsversuche unterzog der technische Leiter des Bezirkes die Übung einer Kritik, während welcher er auf die begangenen geringfügigen Fehler hinwies. In einer sich daran anschließenden Rede wies der Bezirksleiter dann noch darauf hin, daß das Ziel der Arbeiter-Samariter in erster Linie in einer Unfallverhütungspropaganda gipfelt, trotzdem aber auch das Helfen selbst werden müßte.

Die Stadtverwaltung in Person des Herrn Bürgermeisters Wagner glaubt sich Lorbeeren reaktionärer Genossenschaft durch das Herbeiführen der Benutzung der alten Dragonerreitbahn als Hauptverbandspokal zu holen. Sie hat damit der gut ver-

laufenen Übung und ihrer Werbekraft keinen Abbruch tun können, denn der Hauptverbandspokal wurde in ein Gasthaus verlegt und dort mühtergütlich durchgeführt.

Sträbel bei Jobten. Postalisches. Man schreibt uns: Sträbel mit seinen dicht und reich bevölkerten und industriellen umliegenden Orten Gorkau bei Jobten, Quackau usw. besitzt keine Postanstalt, sondern nur eine Postagentur. Der allerneueste Kunderlaß des Herrn Postministers an die SPD besagt nun, daß auf Grund der erhöhten Postgebühren der Postbetrieb weiter ausgebaut werden soll. Hier in S. scheint man den ungelehrten Weg einschlagen; die Agentur war trotz ihrer allgemeinen Unzulänglichkeit noch immerhin in leidlichen Räumen untergebracht. Ab 1. Oktober wird diese nach der Dorfstraße 13b verlegt. Abgesehen davon, daß der neue Raum ein ehemaliger Pferdestall (!) ist, ist dieser aber bei weitem nicht geeignet, den immer gesteigerten und auszubauenden Postbetrieb aufzunehmen. Wir denken hierbei garnicht einmal an den inneren Betrieb, sondern an die Renten-Auszahlungen am 15., letzten und ersten jeden Monats. Aber für diese Kernsten der Armen scheint ja der unzureichende Raum gerade gut genug zu sein. Warum diese Verschlechterung? Kann die Post trotz erhöhter Gebühren die Miete der alten aber besseren Räume nicht bezahlen? Oder will man die Verlegung der Posträume mit der unzureichenden Wohnung des Postagenten begründen? Dann hätte sich nach eine anderweitige Regelung treffen lassen, ohne daß dadurch der Postbetrieb leiden muß! Wir erheben heute schon unsere warnende Stimme und machen die SPD, Breslau auf diese Verschlechterung aufmerksam. Die Sträbeler und die Einwohner der ganzen in Mitleidenhaft gezogenen umliegenden Ortschaften verlangt wieder ein Postamt nach Sträbel, verlängerte evtl. durchgehende Schalterstunden, mindestens zweimalige Zustellung und Aufstellung von Postwertzeichen-Automaten in den Ortschaften Sträbel, Gorkau, Quackau, Neu-Quackau und Marzdorf.

Jobten. Jehn Karl Schmerzensgeld. Recht leicht machen sich die Jassen eines ansehend aus Breslau stammenden Autos die Sühne eines schweren Straßenunfalles, den sie bei Schiedlagwitz verursachten. In schneller Fahrt die Straße gegen Breslau laufend, rissen sie in genanntem Dorfe den mit einem Rade die Straße überquerenden Hausbesitzer Heimlich um. Als sie sahen, was sie angerichtet, rissen sie einen Jehnmarckstein hervor, warfen ihn dem Verunglückten zu und fuhrn eilends weiter. Heimlich hat erhebliche Verletzungen, anscheinend auch innere, erlitten, und mit den 10 Mark Schmerzensgeld dürfte ihm nur wenig geholfen sein.

Achtung, Ortsgruppenführer!

Ihr erhaltet in der Zeit vom 27. bis 29. September die Flugblätter für die Werbeweche zugeföhrt. Letzt sofort alle erforderlichen Vorbereiten ein. Die Parteigenossenschaft hat sich diesmal reiflos den Ortsgruppenführern zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. In jede Arbeiterwohnung muß ein solches Werbeflugblatt. Deshalb sofort alle Arbeiten in Angriff nehmen. Der Bezirksvorstand.

Kamslau. Schadenfeuer. In der Scheune des Bauerngutsbesizers Salostowik in Giesdorf brach am Donnerstag Feuer aus. Die Scheune war reichlich mit Erntevorräten angefüllt und erst am Nachmittag hatte man gedroschen. Die herbeieilenden Rößmannschaften konnten die Scheune nicht mehr retten und sie brannte vollständig nieder. Ebenso fiel ein altes Wohnhaus den Flammen zum Opfer. Ueber die Ursache des Brandes ist nichts bekannt.

In Oßlitz wurde am Freitag vormittag die 30 Meter lange mit Erntevorräten angefüllte Scheune des Gutsbesizers Kruber ein Raub der Flammen. Die Scheune brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Ueber einer Dreifachmaschine sind sämtliche anderen landwirtschaftlichen Geräte mit verbrannt.

Kamslau. Rinaldo Rinaldini in Schlefien. Auf ebenso romantische wie unangenehme Art wurde der Stellenbesitzer Paul Hauke auf seinem Anwesen in Hollmersdorf in einer der letzten Nächte von drei mastrieren Banditen überfallen. Zwei der Räuber hielten den Besitzer und seine Frau mit Revolvern in Schach, während der dritte die Wohnung durchsuchte. Als Beute nahmen die Helden Sparlaffenbücher, Schmuckstücke und bares Geld mit, nachdem sie dem Besitzer, der sich wehren wollte, noch einige kräftige Hiebe auf den Kopf verfehlt hatten. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Waldenburg. Auf offener Straße vergewaltigt. In der Karlsruhkolonie wurde eine Fabrikarbeiterin von einem Bauarbeiter überfallen und in der schrecklichsten Weise vergewaltigt. Es gelang der Kriminalpolizei, den Täter festzunehmen.

Liegnitz. Spionageprozeß. Das hiesige erweiterte Schöffengericht verurteilte den Arbeiter Georg H. W. und den Müller Alfred P. wegen Vergehens gegen das Spionagegesetz zu vier Jahren Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht, bzw. fünf Monaten Gefängnis, von denen P. die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wird. An der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung nahm Hauptmann Kriebel (Breslau) von der Abwehrstelle Schlefien als militärischer Sachverständiger teil. (!) W. war im vorigen Jahre von der Reichswehr entlassen worden und zur französischen Fremdenlegation gegangen. Im Solde des französischen Nachrichtendienstes war er bemüht, Informationen über die neue deutsche Gasmaske und anderes mehr einzuziehen und dem französischen Nachrichtendienst zu übergeben.

Schweidnitz. Zahlreiche Viehdiebstähle nächtlicher Weise aus Viehhöfen heraus hatte in Schönbrunn, Nikolaudorf, Herwigsdorf, Biegl, Sohlund und Mengelsdorf in den letzten Sommermonaten dieses Jahres der Fleischer Artur Fünfküld aus Wendisch-Oßig verübt. Er war mit seinem Gefährt bis an die Koppeln gefahren, hatte den Jaun durchschneiden, das Vieh auf den Wagen geladen und anderentags geschlachtet. Weiter war er mit einem Betrugsfall belastet. Wegen schwerer Diebstahls in elf, einem leichten in einem und einem Betrugsfall erhielt er am Freitag von Erweiterten Schöffengericht in Görlitz zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis.

Schweidnitz. Die Ortskrankenkasse um 30 000 Mark betrogen. In der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Schweidnitz ist man einer größeren Unterschlagung auf die Spur gekommen. Während bei früheren Revisionen der Kasse mehrmals ein Mehrbetrag festgestellt wurde, hat sich jetzt bei einer erneuten Prüfung ergeben, daß die Kasse um 25 000 bis 30 000 Mark geschädigt worden ist. Nach Ansicht des Revisors reichen die Unterschlagungen bis zum Jahre 1925 zurück und sind durch Falschbuchungen verdeckt worden. Der Geschäftsführer der Krankenkasse und sein Stellvertreter wurden sofort entlassen.

Landkreis Breslau/Neumarkt. SPD, Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Berammungsbüro.
Achtung, Ortsgruppenführer!
Alle Ortschaften in der Nähe von Neutrich nehmen am Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr, an der öffentlichen Versammlung in Neutrich, Lokal Gubernul, teil.
Redner: Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe.

Kommunalpolitische Teilkonferenz in Brodau.

Am Sonntag, den 25. September, fand im Lokal von Wende, Brodau, eine Kommunalpolitische Teilkonferenz statt. Genosse Kleiner-Kleindorf vertrat es vorzüglich, den anwesenden 25 Genossinnen und Genossen die Zusammenhänge der kommunalpolitischen Arbeit mit der allgemeinen Politik darzustellen. Die Eingemeindungen der Großstadt Breslau entziehen dem Landkreis wichtige industrielle Orte, während die rein agrarische Orte im Kreisverband verbleiben. Die Partei wird sich daher anstrengen müssen, in den kommenden Wahlen den allen Einfluß zu behaupten, wenn es irgend geht, sogar zu stärken. Gewinne der Wahlen würden Rückschlüsse bedeuten auf den Gebiete der Wohlfahrtspflege, des Straßenbaues und der Steuerverteilung und nicht zuletzt auf die Personalpolitik. Welche praktische Bedeutung dies hat, zeigt, daß heute der Großgrundbesitz in den meisten Fällen bei erstklassigem Boden 50 Prozent niedriger zur Grundvermögenssteuer veranlagt sei, wie der Mittel- und Kleinbesitz. Trotz dieser günstigen Lage habe aber die zuständige Kommission des Kreises Hunderte von Beschwerden gegen zu hohe Veranlagung erwidern müssen, die fast ausschließlich vom Großgrundbesitz oder großen Gewerbe-Unternehmungen (Ziegeleien usw.) stammten.

Die Entlastung der Gemeinden, denen soziale Ausgaben in hohem Maße obliegen, durch stärkere Besteuerung des Besitzes ist sehr wichtig. Vor allem verstehen es die Gutsbezirke, sich aller sozialer Pflichten zu entledigen. Kinderreiche Familien werden in der Gemeinde angeheftet, um den Schullasten zu entgehen. Abgearbeitete Landproletarier schiebt man ebenfalls in den Wohnbezirk der Gemeinde ab, gibt ihnen noch so lange Arbeit, bis sie dort einen gewissen Unterhaltungsanspruch durch längeres Wohnen haben und überläßt sie dann der Gemeindefürsorge. Herr Wichelhaus, Landrat a. D. in Schönitz, erzählte beispielsweise eine Familie mit schwer kranken kranken Ernährer aus ihrer „Dienstwohnung“. Sie muß in einem Stall hausen, der nach ärztlichem Gutachten selbst für das Vieh zu schlecht ist. Ohne den Einfluß des parteigenösslichen Gemeindevorstehers hätte sie verkommen müssen. So kam sie in die alte Wohnung zurück.

Mit der Auflösung der Gutsbezirke würde manche Schwierigkeit fallen. Den Gemeinden erlösende Steuerquellen, das Los der Landarbeiter würde leichter und außerdem bekämen sie auch das Wahlrecht zum Gemeindeparlament. Ob aber der Landtag in Preußen die neue Landgemeindevorbereitung, die eine solche Auflösung brächte, vor den Wahlen noch verabschiedet, ist fraglich. Die Stärkung unseres Einflusses auf der ganzen Linie in Staat und Gemeinde ist höchstes Gebot für die Arbeiterklasse. Dem Referat folgte eine lebhaft ausgeführte, die zahlreiche praktische Anregungen für den Wahlkampf ergab, dem alle Genossen arbeitsbereit und zusehends entgegensehen.

Hartitz-Kleindorf-Krieter. Verband der Freidenker und Feuerbestattung. Alle Gestaltungsvereine, behörden die Gemeindevorsteher, Schöffen, Gemeindevorsteher, Schulvorstände und Elternbeiratsmitglieder, aber auch die fortschrittliche Lehrerschaft werden zu der am Mittwoch, den 28. September, abends 20 (8) Uhr, bei Kramer in Hartitz stattfindenden wichtigen Mitalliederversammlung hiermit eingeladen. Genosse Lehrer Schirde wahn hält einen Vortrag über: „Der Kampf gegen das Reichsschulgesetz“. Punkt 2: Stellungnahme zur Errichtung einer weltlichen Schule. Es wird erwartet, daß sich die gesamte Bevölkerung, soweit sie mit uns sympathisiert, zu diesem aufklärenden Vortrage einfindet. Besonders bitten wir um das Erscheinen aller Frauen. Nichtmitglieder haben in allen Versammlungen bei uns Zutritt.

Brodau. Zur Eingemeindungsfrage. Uns wird geschrieben: Man ist es gewöhnt, daß von bürgerlicher Seite der politische Gegner gern in einer Weise befaßt wird, die in parlamentarischer Form nicht immer treffend bezeichnet werden kann. Was Herr E. Dodel, der Wirtschaftspolitiker von der „unpolitischen Wirtschaftsliste“, sich neuerdings in der Eingemeindungsfrage in den Spalten der „Brodauer Zeitung“ leistet, ist wieder einmal ein lebendiger Beweis dafür. Er versucht sein Möglichstes, nachdem die Eingemeindung schon zweimal durch das Eintreten interessierter Geschäftsmacher verhindert wurde, durch Begeistern der Eingemeindungsverammlung seine Gegnerhaft zur Eingemeindung kundzutun. Dieser Herr mit dem monothetischen Charakter — bekanntlich war er in Zeiten der Konjunktur auch einmal im Lager der Sozialdemokraten — glaubt diese politische Frage dadurch in seinem Sinne zu beeinflussen, daß er die Behauptung aufstellt, die Verammlung sei schlecht — und zum größten Teil von Frauen besucht gewesen. Das weibliche Geschlecht zählt also bei Herrn D. nicht mit, wird von der Gestaltung der kommunalen Verwaltung nicht ebenso betroffen, wie die Männer. Hoffentlich überlesen die weiblichen Abonnenntinnen der „Brodauer Zeitung“ diese bezeichnende Einstellung zum weiblichen Teil der Bürgerschaft nicht. Belastende Dinge für die Eingemeindungsgegner, die in der Verammlung zur Sprache kamen, werden dafür sorgfältig verschwiegen. Die SPD. wird sich die Stellungnahme des Herrn Dodel für die kommenden Wahlen merken und die Bürger Brodau's hoffentlich die nötige Lehre aus ihr ziehen, damit die Geschicke der Kommune künftighin in bessere Hände kommt.

Hundsfeld. Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege Hundsfeld und Umgegend. Am 27. September findet in Hundsfeld, „Gelber Löwe“, abends 8 Uhr, eine Werberversammlung statt, zwecks Gründung einer Samariter-Kolonie. Wir machen die Genossen, auch welche den Arbeiter-Sportvereinen noch nicht angehören, auf die Versammlung aufmerksam und empfehlen ihnen dringend den Besuch derselben.

Liegnitz. 154 Pfund Lebendgewicht im Fiehneth. Seltenes Glück hatte der Arbeiter-Anglerverein Fiehneth bei seinem diesjährigen Fiehneth. Beim zweiten Zuge waren im Netz drei kapitale Fische, die die respectable Länge von 1,75, 1,55 und 1,35 Meter aufwiesen und ein Gesamtgewicht von 154 Pfund Lebendgewicht hatten.

Kattsch. a. d. Oder. Gewerkschaftsversammlung. Eine Versammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter tagte im Gasthause zur Provinz. Als Redner war Gaukater Kollege Griesbach (früher tätig im Porzellanarbeiter-Verband) erschienen. Der Redner sprach über die Wechselwirkungen der Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung. Der Vortrag war Neuland für die Zuhörerinnen, doch sie hörten aufmerksam zu. Die Rationalisierung, die Forderung der Kaufkraft, die Belastung der Industrie, Konjunktur und Scheinkonjunktur, freiwillige Geminnungen im Produktionsprozess, Konjunktur in der Ausbildung, alles nur Probleme der kapitalistischen Wirtschaft, wurden vom Redner in klaren Worten geschilbert. Zum Schluss betonte er besonders die Notwendigkeit des Zusammenrückens der Arbeiterkraft. Es wurde verlangt, daß aller solche Versammlungen in Kattsch abgehalten werden sollen.

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitsrechtliche Rundschau.

1. Verbotene Umgehung der Kündigungsbestimmungen für Angestellte.

Das Vertragsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Handlungsgehilfen unterliegt, wenn es auf unbestimmte Zeit begründet ist, grundsätzlich einer sechsmonatigen Kündigungsfrist, die nur zum Schluss des Kalenderjahres ablaufen kann. Eine abweichende Kündigungsfrist kann zwar vertraglich vereinbart werden, muß aber jedenfalls für beide Teile gleich sein und darf keineswegs weniger als einen Monat betragen.

Wenn ein Handlungsgehilfe jedoch nur zu vorübergehender Ausübung angenommen wird, so finden diese Kündigungsbeschränkungen keine Anwendung, es sei denn, daß das Vertragsverhältnis über drei Monate hinaus fortgesetzt wird; nur muß die Kündigungsfrist auch in solchen Fällen für beide Teile gleich sein.

Die Kündigungsbeschränkungen werden nun vielfach, insbesondere von einigen beträchtlichen Arbeitgebern Breslaus, dadurch umgangen, daß man Angestellte zur Ausübung engagiert und sie nach ganz kurzer oder etwas längerer Unterbrechung immer wieder zur Ausübung einstellt. Es sei daher mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß eine solche Umgehung dem Sinne der handelsrechtlichen Kündigungsbestimmungen widerspricht, daher unzulässig ist und verchiedentlich schon von den Gerichten mißbilligt worden ist (vgl. z. B. die Urteile bei Staub, Handelsrechtbuch, Anm. 1 zu § 69 und Arbeitsrechtl. Entscheidungen des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Bd. 2, S. 50 Abs. 27a). Die beteiligten Arbeitnehmer sollten gegebenenfalls die ihnen ausgesetzte Beschränkung ihrer Rechte, die sich bisweilen bis zu einjähriger Kündigungsfrist ausgewachsen hat, nicht anerkennen und die Arbeitsgerichte anrufen.

2. Vorläufige Vollstreckbarkeit der arbeitsgerichtlichen Urteile und einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung.

Urteile der Arbeitsgerichte, die mittels Einspruchs oder Berufung angefochten werden können, sind vorläufig vollstreckbar. Aus ihnen kann also vor Rechtskraft die Zwangsvollstreckung betrieben werden. Häufig legen Arbeitgeber gegen obliegende Urteile ihrer Arbeiter oder Angestellten Berufung ein und beantragen dann Einstellung der Vollstreckung mit der Begründung, daß ihnen infolge der ungünstigen Einkommensverhältnisse der Gegenpartei bei sofortiger Vollstreckung ein nicht zu ersetzender Nachteil entstehen würde, weil sie die einmal eingezogene Summe nicht wiederbekommen würden. Es sei zunächst einmal darauf hingewiesen, daß eine bloße Behauptung dieses Inhalts nicht genügt, daß sie vielmehr auch glaubhaft gemacht werden muß. Aber eine solche Glaubhaftmachung würde noch immer nicht ausreichen. Vielmehr ist die vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung nur dann gerechtfertigt, wenn der Antragsteller weiter glaubhaft macht, daß das angefochtene Urteil unrichtig ist und voraussichtlich aufgehoben werden wird. Denn nur dann hat der Arbeitgeber überhaupt einen Anspruch, die einmal eingezogene Summe wieder zu erhalten. Die obliegenden Arbeitnehmer werden darauf von den Gerichten hinzuweisen haben. Es liegen bereits Entscheidungen mehrerer Landesarbeitsgerichte vor, die diesen Standpunkt eingenommen haben. Insbesondere haben die Landesarbeitsgerichte Berlin (vgl. „Arbeitsgericht“ 1927, S. 283) und Breslau so entschieden.

3. Neue arbeitsrechtliche Bestimmungen.

Im Berichtsmonat sind nur wenige arbeitsrechtliche Vorschriften erlassen worden. Einige Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung sind durch Verordnung vom 8. August 1927 (RGBl. S. 283) vorzeitig in Kraft gesetzt worden. Es handelt sich insbesondere um solche organisatorischen Inhalts wie die Bildung der Spruchbehörden für Arbeitslosenversicherung, die Einsetzung des Präsidenten der Reichsanstalt, die Bildung der verschiedenen Verwaltungsräte usw.

Am 1. Oktober 1927 werden nach einer Verordnung vom 19. August 27 (RGBl. S. 285) neue Beitragsmarken der Angestelltenversicherung in Geldwerten von 2, 4, 8, 12, 16, 20, 25, 30 Reichsmark ausgegeben.

Unter dem 8. September 27 (RGBl. S. 287) ist eine neue Wahlordnung für die Wahl von Vertrauensmännern und Erghmännern in der Angestelltenversicherung veröffentlicht worden.

4. Verzicht beim Verzicht von Versicherungsrenten.

Es kommt nicht selten vor, daß auf Versicherungsrenten im Wege des Vergleichs gegen gewisse Entschädigungssummen verzichtet wird. Detarartige Verträge sind sorgsam zu überlegen. Sie können nachher nicht widerrufen werden. Erst kürzlich hat wieder eine höhere Reichsversicherungsstelle entschieden, daß weder der Verlust der Entschädigungssumme noch die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nach Vergleichsabschluss, noch die Tatsache, daß die Rente, auf welche verzichtet worden ist, jetzt höher ist als zur Zeit des Vergleichsabschlusses, dazu führen kann, von neuem eine Rente zu beanspruchen, wenn einmal darauf verzichtet worden ist.

5. Das Zwischenzeugnis.

Der Arbeitnehmer hat bekanntlich bei Beendigung seines dauernden Vertragsverhältnisses ein Anrecht auf ein Zeugnis, in dem Angaben über Dienstverhältnis und Dauer enthalten sind. Auf Verlangen ist der Inhalt auf Leistungen und Führung zu erstrecken. In der Literatur und Rechtsprechung zur Arbeitsrecht ist bestritten, wann der Arbeitnehmer das Zeugnis verlangen kann. Die einen nehmen an, er könne es, wie sich aus dem gesetzlichen Wortlaut ergebe, erst bei Beendigung des Vertrages beanspruchen, die anderen wollen aus praktischen Erwägungen es bereits bei Kündigung zubilligen, damit es bei Bewerbungen benutzt werden kann.

Da immerhin die Frage bestritten ist, sei darauf hingewiesen, daß vielfach dem gekündigten Arbeitnehmer jedenfalls ein Recht auf ein Zwischenzeugnis zugesprochen wird. Man rechtfertigt es mit dem Wesen des Arbeitsvertrages, insbesondere aber damit, daß der Arbeitgeber nach dem Gesetze dem gekündigten Arbeitnehmer Zeit zum Auffuchen einer neuen Stellung gewähren muß und daß diese Zeit häufig unruhig verstreichen würde, wenn der Arbeitnehmer bei seinen Bewerbungen nicht ein Zwischenzeugnis vorlegen könnte. Zwischen einem solchen Zwischenzeugnis und dem endgültigen Zeugnis besteht nur der Unterschied, daß das endgültige Zeugnis sich auf den Zeitraum bis zur Entlassung, das Zwischenzeugnis auf die Zeit bis zur Kündigung erstreckt. Somit aber ist der Inhalt beider Zeugnisarten der gleiche (vgl. Sperling im „Einführungsgesetz“ S. 305/1927 und „Arbeitsgerichtliche Entscheidungen“ Berlin Bd. 1, S. 197).

6. Lehrlingsentlohnung und Fortbildungszulage.

In Tarifverträgen wird häufig vereinbart, daß Lehrlinge ein Entgelt beziehen sollen, das sich nach dem Ausbildungsstand gewisser erwachsener Arbeiter bemisst. Dann steht der Lohn den Lehrlingen auch für die Zeit zu, die sie in der Fortbildungszulage zubringen, denn diese Zeit ist Ausbildungszeit, also Arbeitszeit für sie (Landgericht Leipzig 1. 4. 27, Gewerksch. 319, Beilage 1927, Seite 58).

Gewerkschaften und Berufsausbildung.

Vom ADGB wird uns geschrieben: Die in dem Regierungsentwurf des Berufsausbildungsgesetzes aufgestellten Grundzüge für die Beschäftigung und Berufsausbildung jugendlicher haben die Gewerkschaften veranlaßt, sich sehr eingehend mit dem Entwurf zu beschäftigen. In wiederholten Besprechungen der Sachbearbeiter der Verbände für Lehrlings- und Jugendfragen, die mit den Bezirkssekretären des ADGB, vom Bundesvorstand zusammenberufen waren, haben gründliche Beratungen der durch das Gesetz aufgeworfenen Fragen stattgefunden. Es ergaben sich dabei folgende Hauptforderungen, deren Erfüllung von allen Beteiligten für unbedingt erforderlich gehalten wird.

1. Das kommende Berufsausbildungsgesetz muß eine umfassende Regelung darstellen, die für alle Zweige des deutschen Wirtschaftslebens Geltung hat. Die von der jetzigen Reichsregierung beschlossene Nichtbeziehung der Landwirtschaft und ihrer Nebenbetriebe in den Geltungsbereich des Gesetzes hat keine sachliche Berechtigung. Die dem Gesetz beigegebene Begründung kann nur die „wesentlich anders liegenden Verhältnisse“ in der Landwirtschaft als Grund für die Stellung der Regierung anführen, die eine Sonderregelung in Aussicht stellt. Jede solche Sonderregelung lehnen die Gewerkschaften entschieden ab.

2. Untrennbar von einer Regelung der Berufsausbildung sind Schutzmaßnahmen für die heranwachsende Generation. Die Gewerkschaften bedauern deshalb, daß die seit Jahren erhobene Forderung nach gesetzlicher Gewährung von regelmäßigem jährlichem Urlaub für alle erwerbsfähigen Jugendlichen von dem Gesetzentwurf nicht berücksichtigt wird. Sie fordern deshalb, daß allen Jugendlichen unter 16 Jahren je drei Wochen Urlaub, und allen Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren je zwei Wochen bezahlter Urlaub gewährt wird. Weiter ist notwendig, daß das Berufsausbildungsgesetz endlich den Mißstand beseitigt, daß Jugendliche für den Besuch der Berufs-(Pflichtfortbildungs-)schule Lohnausfälle erleiden.

3. Der Gesetzentwurf läßt die bestehende Tatsache der tariflichen Regelung des Lehrverhältnisses gänzlich unberücksichtigt. Die Gewerkschaften müssen unbedingt darauf bestehen, daß auch im Berufsausbildungsgesetz ausdrücklich festgelegt wird, daß die tarifliche Regelung des Lehrverhältnisses den Anordnungen der im Gesetz vorgezeichneten paritätischen Ausschüsse vorgeht.

4. Die vorgesehene Übertragung der Aufgaben aus dem Gesetz an die bestehenden Handwerks-, Industrie- und Handelskammern ist für die Gewerkschaften untragbar, da diese Kammern reine Arbeitgeberorgane sind. In den mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Organen müssen die Arbeitnehmer gleichberechtigt mitwirken können. Diese Gleichberechtigung ist in den Arbeitsbehörden gegeben, die infolge ihrer Zuständigkeit für die Gebiete der Berufsberatung und Stellenvermittlung auch sachlich allein für die Durchführung des Berufsausbildungsgesetzes geeignet sind. Es sind ferner eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zu den Einzelvorschriften des Gesetzentwurfes ausgearbeitet worden, die für die Beratungen im Reichswirtschaftsrat bestimmt sind.

Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie.

Die am Montag zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Angestelltenorganisationen geführten Gehaltsverhandlungen sind nach mehrstündigen Beratungen vollständig ergebnislos abgebrochen worden. Die Ablehnung erfolgte unter dem Hinweis auf die geringere Rentabilität der Betriebe. Am Dienstag nachmittag wird sich ein Schiedsgericht mit dem Konflikt befassen. Abends werden die Funktionäre zu dem erwartenden Spruch bereits Stellung nehmen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin

Ist in der vergangenen Woche um rund 3200 zurückgegangen. Die Reichshauptstadt zählt gegenwärtig noch 144 201 Arbeitslose, und zwar 97 374 männliche und 46 827 weibliche. Gegenüber dem ungünstigen Stand der Arbeitslosigkeit in Berlin mit etwa 284 600 Personen Ende Januar dieses Jahres ist also eine Besserung auf annähernd die Hälfte zu verzeichnen.

Die Ueberstunden bei der Dresdener Bank.

Der erste der gegen mehrere Berliner Großbanken schwebenden Prozesse wegen Verstoßes gegen die Arbeitszeitverordnung behauptete heute das Schöffengericht Berlin-Mitte, angeklagt waren die Abteilungsleiter Rohbel und Gübler, der Prokurist Golubitz, der Abteilungsleiter Spohde, der stellvertretende Abteilungsleiter Saltschafar und der Personalchef Schumacher, sämtlich von der Dresdener Bank in Berlin. Die Anklage stützte sich darauf, daß bei einer Revision durch Gewerbeaufsichtsbeamte an drei Tagen im Jahre 1926 festgestellt worden sei, daß mehrere Angestellte über die vorgesehene Arbeitszeit hinaus beschäftigt wurden. Das Gericht kam zu einer Freisprechung der Angeklagten auf Kosten der Staatskasse unter der Begründung, daß es sich bei den Arbeitszeitübertretungen „um Notfälle im Sinne des Gesetzes“ handle, die durch die nicht voraussetzbare Börsehaufe hervorgerufen worden seien. Für eine etwa mögliche falsche Organisation der Dresdener Bank konnten die Angeklagten aber nicht verantwortlich gemacht werden.

Genossenschaftswesen.

Fortschritte der Konsumvereine.

Der Konsumverein Vorwärts für Dresden und Umgegend, der 57 139 Mitglieder umfaßt, die in 150 Verteilungsstellen ihre Waren entnehmen können, erzielte im Monat August 1927 einen Gesamtumsatz von 3 137 957 Reichsmark (davon Warenumsatz 2 378 869 Reichsmark). Der Umsatz je Verteilungsstelle beträgt 20 920 Reichsmark, je Mitglied 46,73 Reichsmark. Beschäftigt waren rund 1500 Personen. Die Gehalts- und Lohnsumme betrug 311 663 Reichsmark. Für die Sparkassenabteilung wurden 428 662 Reichsmark eingezahlt und 35 717 Reichsmark zurückgezogen. Der Gesamtumsatz an Sparkassen betrug am Schluß des Monats August 6 878 714 Reichsmark.

Wirtschaft.

Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

Essen, 24. September. Nach vorläufigen Berechnungen wurden in der Zeit vom 11. bis 17. September im Ruhrgebiet in sechs Arbeitstagen 2 244 750 Tonnen Kohle gefördert gegen 2 189 186 Tonnen in der vorhergehenden Woche in ebenfalls sechs Arbeitstagen. Die Kohlerzeugung stellte sich in den beiden Tagen der Berichtswache (in den Kollierten wird auch Sonntags gearbeitet) auf 529 853 Tonnen gegen 521 108 Tonnen in der vorhergehenden Woche, die Preßkohlenherstellung auf 61 063 Tonnen gegen 63 276 Tonnen in sechs Arbeitstagen.

Die arbeitstäglige Kohlenförderung betrug in der Zeit vom 11. bis 17. September 374 127 Tonnen gegen 361 664 Tonnen in der vorhergehenden Woche, die tägliche Kohlerzeugung stellte sich auf 75 690 Tonnen (74 444 Tonnen), die arbeitstäglige Preßkohlenherstellung auf 10 177 Tonnen (10 546 Tonnen).

Die Zahl der wegen Abnahmefehlens eingelagerten Fettersorten stellte sich auf 23 470 (arbeitstäglich 3 912) gegen 27 819 (4 637) in der vorhergehenden Woche.

Weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. September rund 381 000 (männlich 303 000, weiblich 78 000) gegenüber 404 000 (männlich 331 000, weiblich 83 000) am 1. September und 420 000 (männlich 332 000, weiblich 88 000) am 15. August. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. September beträgt rund 23 000 = 5,5 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 480 600 auf 427 000 gesunken. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Risikofürsorge ist in der Zeit vom 15. August bis 15. September weiterhin zurückgegangen, und zwar um rund 20 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. September rund 136 000 (männlich 108 000, weiblich 28 000) gegenüber 156 000 (männlich 125 000, weiblich 31 000) am 15. August 1927.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen hat sich demnach in der Zeit vom 15. August bis 15. September von 576 000 auf 517 000, also um rund 59 000 = 10,2 Prozent vermindert.

Nach dem Ausweis der Reichsbank

Nom 23. September ging die gesamte Kapitalanlage um nur 83,1 Millionen Mark (davon 54,7 Millionen Mark Wechsel und Geldes) auf 2368,8 Millionen Mark zurück. Bei den fremden Geldern ist eine geringe Zunahme um 20,3 Millionen auf 688,3 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Bestände an Gold und Deckungsdevisen sind geringfügig um 1,1 Millionen Mark auf 2005,3 Millionen Mark angewachsen.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 21. September 1927.

Berlin, 24. September. Die auf den Stichtag des 21. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt:

Indexgruppen	1913 = 100	1927	Veränderung
I. Agrarstoffe zusammen	139,8	139,0	- 0,8
II. Kolonialwaren	128,9	129,8	+ 0,9
III. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren zusammen	134,2	133,6	- 0,6
IV. Industrielle Fertigwaren zusammen	150,4	151,1	+ 0,7
V. Gesamtindex	139,8	139,6	- 0,2

Die Gesamtindexziffer ist demnach gegenüber der Vorwoche nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarstoffe um 0,2 v. H. nachgegeben, während die Indexziffer für Kolonialwaren gegenüber der Vorwoche um 0,7 v. H. angezogen hat. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist um 0,1 zurückgegangen; gleichzeitig hat diejenige der industriellen Fertigwaren sich um 0,5 v. H. erhöht. Unter den Agrarstoffen haben in der Gruppe pflanzliche Nahrungsmittel vor allem die Preise für Weizen und Kartoffeln nachgegeben. Der Rückgang der Indexziffer für Vieh ist auf niedrigere Preise für Rinder zurückzuführen, während die Preise für Schweine und Küber vorwiegend gestiegen sind. Die Indexziffer für Gruppe Vieherzeugnisse hat bei steigenden Preisen für Butter und Eier ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt.

Innerhalb der Gruppe Kolonialwaren waren Preissteigerungen für Kaffee und Gewürze zu verzeichnen. Der Rückgang der Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ist vor allem durch die Bewegung der Gruppe Textilien bedingt.

Auf dem Gebiet der industriellen Fertigwaren hat sich die Aufwärtsbewegung der Indexziffer für Konsumgüter bei steigenden Preisen hauptsächlich für Textilwaren fortgesetzt.

Das Einlagekapital der preussischen Sparkassen

hat sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1927 um 723,5 Millionen Mark auf 3,518 Milliarden Mark gesteigert. Davon entfallen nicht weniger als 2 507,7 Millionen Mark auf Spareinlagen. Die Spareinlagen erhöhten sich im ersten halben Jahr 1927 allein um 604,88 Millionen Mark = 83,6 Prozent des Gesamteinlagezuwachses.

Die Anlagepolitik der Sparkassen geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß sich seit Ende 1926 die langfristigen Hypothekendarlehen von 318,37 Millionen Mark auf 834,12 Millionen Mark gesteigert haben. Von dem gesamten Sparanlagenzuwachs wurden nicht weniger als 52,1 Prozent für Hypothekendarlehen verwendet.

Die Zahlen beweisen die wiedererlangte Bedeutung der Sparkassen für unseren Baumarkt. Jedoch sind die vorhandenen Mittel noch immer so gering, daß eine ausreichende Auslandsanleihe, um das Bauprogramm 1928 sicher zu stellen, unumgänglich erscheint.

Übler Mundgeruch

wird abnehmend, häufig gestrichelte Zähne entstehen das ist die Ursache. Selbst Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpasta Chlorodont beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wunderbaren Glanz, auch an den Seitenflächen, die gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit geglätteten Borstenfront. Jüngende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Befolgen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg. Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pfg., für Damen 92, 1,25 (weiche Borsten) für Herren 1,25 (harte Borsten). Eine Tube ist in jeder Apotheke, Drogerie, Kaufhaus, Buchhandlung mit der Aufschrift „Chlorodont“ überall zu haben.



MAGGI Fleischbrühwürfel

geben, nur in kochendem Wasser aufgelöst, vorzügliche Fleischbrühe, die als Frühstücksgetränk, für Fleischbrühsuppen und Soßen Verwendung findet.